PROTOKOLL

über die 6., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag,
dem 21. Mai 1974, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 15. 00 Uhr

Öffentliche Sitzung

30 Anw -

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister-Stellvertr. Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Leopold Petermair

STADTRÄTE:

Konrad Kinzelhofer

Heinrich Schwarz

Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:

Alfred Baumann

Johann Brunmair

Maria Derflinger

Franz Enöckl

Ing. Wolfgang Fahrnberger

Karl Fritsch

Ernst Fuchs

Karl Holub

Anna Kaltenbrunner

Walter Kienesberger

Johann Knogler

Walter Köhler

Otilie Liebl

Rudolf Luksch

Johann Manetsgruber

Erich Mayrhofer

Josef Radler

Friedrich Reisner

Erich Sablik

Hubert Saiber

Dr. Konrad Schneider

Herbert Schwarz

Dr. Alois Stellnberger

Otto Tremel

Johann Zöchling

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Magistratsdirektor - Stellvertreter

Senatsrat Dr. Helmut Schreibmüller

Obermagistratsrat Dr. Kurt Wabitsch

Präsidialdirektor Oberamtsrat

Roland Postler

PROTOKOLLFÜHRER:

AR Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

- 1) Präs-131/74 Beantwortung der Anfrage des Gemeinderates Direktor Karl Fritsch betreffend die Errichtung des Sandmair-Steges.
- 2) Gem-157/74 Mittelfristiges Investitionskonzept 1974 - 1978.
- 3) Präs-727/72 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung.
- 4) VH-1320/74 Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr, Arbeitsjahr 1974/75.
- 5) Pers-164/74 Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955.
- 6) Präs-217/74 Bezugsregelung und Teuerungszulage mit Wirkung vom 1. 7. 1974.
- 7) Präs-135/74 Gewährung einer Subvention an die Personalvertretung beim Magistrat Steyr für Personalbetreuungsaufgaben (freiwillige Sozialleistungen).
- 8) SV-1555/74 Genehmigung der Jahresrechnung 1973 der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

- 9) Wi-2726/74 Fremdenverkehrskommission Steyr; Neuernennung der Mitglieder.
- 10) Agrar-1603/74 Grundverkehrskommission; Neubestellung der Mitglieder.
- 11) Bau5-2057/68 Abschluß eines Vergleiches zwischen der Stadtgemeinde Steyr und den Firmen Dürr OHG Wien und Mitterberger Glasindustrie GesmbH Salzburg.
- 12) Bau5-129/74 Erwin Hofer; Steyr-Gleink, Neustifter Hauptstraße 3; Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses.
- 13) Bau5-3651/73 Ernst Arbacher, Steyr-Gleink, Hausleitner Straße 1; Wa- 240/74 Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines Zubaus und zur Aufstockung des bestehenden Objektes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

- 14) GHJ2-6367/73 Verpachtung des Volkskins Steyr.

- 15) Bau3-1320/68 Umlegung der Voralpenbundesstraße im Bereiche des Landeskrankenhauses Steyr; Veräußerung von Grundteilen an die Republik Österreich.
- 16) GHJ2-1917/74 Ausführung von Bautischlerarbeiten in der Volks- und Hauptschule Promenade.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 17) Buch-6000/73 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1973.
- 18) GHJ1-1124/74 Ankauf einer Kochkesselgruppe für das Zentralaltersheim.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 19) Ha-6333/73 Aufnahme eines Darlehens bei der OÖ. Landeshypothekenanstalt.
- 20) ÖAG-5639/73 Änderung des GR-Beschlusses vom 29. 11. 1973, betreffend die Sanierung und Erweiterung des Gasverteilungsnetzes.

BERICHTERSTATTER STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

- 21) Ha-2831/73 Veröffentlichung der "Altstadtkonzepte".
- 22) GHJ1-3186/73 Endausbau des Kindergartens Resthof I.
- 23) GHJ2-3655/73 Erneuerung der Planschbecken der Kindergärten Tachelried und Plenkberg.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 24) Bau3-5512/72 Straßenbau Zirerstraße.
- 25) Bau3-995/74 Straßenbau Penselestraße.
- 26) Bau6-3065/65 Weiterführung der Bauarbeiten beim 4. Bauabschnitt des Sammlers F.
- 27) Bau3-4159/68 Ausbau der Schillerstraße, 2. und 3. Bauabschnitt.
- 28) Bau5-4778/69 Ergänzung des GR-Beschlusses vom 14. 9. 1971 betreffend die Vergabe der Baumeisterarbeiten für den 2. Schulzubau Ennsleite.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 29) VerkR-1764/74 Antrag der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr betreffend die Erklärung der Blumauergasse (stadteinwärts) zur Einbahnstraße.
- 30) VerkR-406/72 Projektierung von Parkplätzen in der Punzerstraße.
- 31) ÖAG-1701/74 Ankauf von Kaltasphaltemulsionen.
Städt. Wi-Hof

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Vor Eingang in die ordentliche Tagesordnung haben wir einer traurigen Pflicht zu genügen und ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben. Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Am 29. Juli 1968 wurde im Rahmen einer Festsitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr in diesem Raum an den Herrn Bundespräsidenten Dr. h. c. Franz Jonas die Ehrenbürgerwürde, die höchste Auszeichnung, welche die Stadt zu vergeben hat, verliehen. Die Eintragung im Ehrenbürgerbuch lautet:

"Die Ernennung zum Ehrenbürger erfolgt in Anerkennung der Verdienste des Herrn Bundespräsidenten Dr. h. c. Franz Jonas als Vorsitzender des Österreichischen Städtebundes um den Wiederaufbau der österreichischen Städte im allgemeinen, im besonderen jedoch der Stadt Steyr und in Würdigung seines Wirkens als Staatsoberhaupt um die demokratische Einheit der Österreichischen Bundesrepublik."

Heute ist es dem Gemeinderat eine ehrende Verpflichtung, des verewigten Staatsoberhauptes und Ehrenbürgers der Stadt zu gedenken. Nach einem Leben, erfüllt von Arbeit im Dienste des Gemeinwohls, bis zum letzten Augenblick getragen vom Gedanken an die Erfüllung der übernommenen Pflichten, ist Bundespräsident Franz Jonas am 24. April dieses Jahres verstorben. Im Gedenken verneigen wir uns heute in Respekt und Trauer vor der menschlichen Größe dieses Mannes.

Vieles ist in Würdigung der Person des verstorbenen Bundespräsidenten geschrieben und gesagt worden. Späteren Generationen aber wird es erst gegeben sein, sein Werk zu er-

messen und ihm den gebührenden Platz in der Geschichte unseres Landes zuzuweisen.

Lassen Sie mich, sehr geehrte Anwesende, versuchen, in einfachen und schlichten Worten, so wie es seinem Wesen entsprach, die bedeutendsten Stationen seines Lebensweges kurz zu skizzieren.

Franz Jonas wurde am 4. Oktober 1899 im Wiener Arbeiterbezirk Floridsdorf als eines der acht Kinder des Hilfsarbeiters Josef Jonas geboren. Eine karge und bescheidene Kindheit formte ihn entscheidend für sein ganzes Leben. Er fand immer Kontakt zum einfachen Menschen und Verständnis für dessen Sorgen, eine Gabe, die ihm auch in den höchsten Ämtern des Staates erhalten blieb.

Er erhielt eine solide Berufsausbildung an der Fachschule für Graphik, die durch den ersten Weltkrieg eine Unterbrechung erfuhr. Er diente nach Kriegsende in der Volkswehr und stellte bei den Abwehrkämpfen in Südkärnten seine Einsatzbereitschaft unter Beweis.

Ins zivile Leben zurückgekehrt, setzte er seine berufliche Laufbahn als Schriftsetzer und später als Korrektor fort, wo ihm seine Genauigkeit und Verlässlichkeit, die ihn Zeit seines Lebens auszeichneten, sehr zustatten kamen.

Franz Jonas war aber auch seit seiner Jugend ein politisch engagierter Mensch. Schon in frühen Jahren wandte er sich der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu. Er wurde Funktionär der Sozialistischen Jugend und Vertrauensmann der Buchdruckergewerkschaft. Daneben besuchte er die Arbeiterhochschule, wo seine späteren Amtsvorgänger als Bundespräsident, Dr. Renner, Dr. h. c. Körner und Dr. Schärp zu seinen Lehrern zählten. Sein Streben nach Wissen und Bildung, das seinen ganzen Lebensweg entscheidend bestimmte, war damals bereits stark ausgeprägt.

Seine politische Gesinnungstreue und Standhaftigkeit konnte er nach den Februarereignissen des Jahres 1934 im Gefängnis und vor Gericht unter Beweis stellen. Auch in der späteren Zeit der Illegalität hat er immer die Verbindung zur Arbeiterbewegung gewahrt.

Gleich nach Ende des Zweiten Weltkrieges stellte Franz Jonas seine ganze Schaffenskraft der Politik und der Allgemeinheit zur Verfügung. Vom Bezirksvorsteher von Floridsdorf über das Amt eines Wiener Stadtrates führte sein Weg im Jahre 1951 zur Wahl zum Bürgermeister der Bundeshauptstadt. Er folgte in dieser Funktion seinem früheren Lehrer Theodor Körner nach und bekleidete dieses Amt 14 Jahre hindurch. Er war gleichzeitig Vorsitzender des Österreichischen Städtebundes und vertrat auch als Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat im Parlament die Interessen der Städte und Gemeinden Österreichs. Er war ein eifriger Verfechter der Rechte und der Eigenständigkeit der Städte und war am Zustandekommen der Gemeinderechts-Verfassungsnovelle maßgeblich beteiligt.

Nach dem Tode Dr. Schärfs wurde er von der Sozialistischen Partei zum Präsidentschaftskandidaten nominiert und am 23. Mai 1965 gegen Altbundeskanzler Dr. Gorbach mit knappem Stimmenvorsprung zum Bundespräsidenten der Republik Österreich gewählt. Seine persönliche Größe, sein staatsmännisches Geschick und seine offene Art, die ihm trotz seines hohen Amtes den Kontakt zum einfachen Bürger dieses Landes wahrte, ließen die bösen Stimmen, die da und dort laut geworden waren, bald beschämt verstummen. Als erster Bürger des Landes gelangte er als hervorragender Repräsentant Österreichs zum hohen Ansehen. Der Höhepunkt in seinem Leben war zweifellos im Jahre 1971 seine Wiederwahl gegen den heutigen UNO-Generalsekretär Dr. Wald-

heim.

Nun hat sich, knapp vor der Vollendung des 9. Amtsjahres, der Lebenskreis dieses großen Menschen und Staatsmannes geschlossen. Mit Erschütterung haben wir von seinem leidvollen Sterben vernommen. Ein hohes Beispiel soll uns sein Entschluß sein, im vollen Bewußtsein der Unerbittlichkeit des Leidens, seinen ihm zugewiesenen Platz bis zur letzten Stunde auszufüllen.

Die Stadt Steyr schätzt sich in der Trauer stolz, daß sie diesen großen Österreicher zu ihren Ehrenbürgern zählen durfte. Der Gemeinderat und die Bürger der Stadt werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen für die Kundgebung.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Nach der Trauerkundgebung treten wir nunmehr in die gemäß Tagesordnung stattfindende Gemeinderatssitzung ein, wozu ich Ihnen mitteilen muß, daß einige Kollegen des Gemeinderates sich entschuldigen ließen. Es sind dies Bürgermeister Fellinger, Stadtrat Besendorfer, Stadtrat Fürst, Stadtrat Wallner und die Gemeinderäte Feuerhuber und Schodermayr.

Ich bitte um Kenntnisnahme. Für die Prüfung des Protokolls werden vorgeschlagen Gemeinderat Fuchs und Gemeinderat Reisner. Stimmen Sie dem zu? Ich sehe, daß die beiden Kollegen das annehmen. Das ist nun entschieden.

Ich darf nun zur Tagesordnung kommen. Ich übergebe Kollegen Petermair den Vorsitz, damit ich zu meinen Berichterstattungen kommen kann.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Meine Damen und Herren!

Ich übernehme den Vorsitz und

bitte Kollegen Weiss, zu berichten.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Herr Gemeinderat Fritsch hat in der Sitzung des Gemeinderates vom 28. 3. 1974 gemäß § 15 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr eine schriftliche Anfrage an den Bürgermeister gerichtet. Wenn Sie Wert darauf legen, wiederhole ich diese Anfrage, sonst gebe ich nur die Beantwortung bekannt. Es betrifft den Sandmairsteg und die Beantwortung lautet:

1) Präs-131/74

Beantwortung der Anfrage des Gemeinderates Direktor Karl Fritsch betreffend die Errichtung des Sandmair-Steges.

Herr Gemeinderat Karl Fritsch hat in der Sitzung des Gemeinderates am 28. 3. 1973 gemäß § 15 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr folgende schriftliche Anfrage an den Bürgermeister gerichtet:

"In der Informationssitzung des Gemeinderates am 14. März 1974 wurde erklärt, daß bis zur endgültigen Errichtung des geplanten und im Voranschlag 1974 bereits präliminierten "Sandmair-Steges" der Personenverkehr in diesem Bereich zwischen dem rechten und linken Ennsufer mittels einer provisorischen Überfuhr in Erwägung gezogen wird.

Eine kurze, zeit- und energie-sparende Verbindung der beiden durch die Enns getrennten Wohn- und Arbeitsgebiete scheint unbedingt vonnöten, wobei auch das Problem einer eventuell vorgesehenen Schulsprengeländerung im Pflichtschulbereich von der erwähnten Verbindung abhängt.

Ich darf daher den Herrn Bürgermeister befragen, ob zur proviso-

rischen Errichtung der genannten Überfuhr bereits zielführende Vorverhandlungen technischer, materieller und personeller Art gepflogen wurden, und bis wann mit einer Inbetriebnahme dieser Fähre voraussichtlich zu rechnen sein wird?"

Diese Anfrage wird gemäß der zitierten Bestimmung der Geschäftsordnung wie folgt beantwortet:

Nachdem die voraussichtlichen Kosten eines Fußgängersteges mit rund 20 Millionen Schilling bekannt waren, wurde mit dem früheren Besitzer der Überfuhr wegen der Wiederherstellung der Fähre Verbindung aufgenommen. Dieser zeigte jedoch daran kein Interesse.

Gleichzeitig wurden die nötigen Kostenerhebungen für die Anschaffung eines neuen Mutzens eingeleitet. Nunmehr liegen konkrete Angebote für einen solchen in Plastik- und Holzausführung vor, wobei der Holzmutzen um rund ein Drittel billiger zu stehen kommen würde.

Im Wege der Magistratsabteilung I wurde mit der Ennsbauleitung bezüglich der Instandsetzung der Ufer Verbindung aufgenommen. Eine endgültige Stellungnahme liegt dazu noch nicht vor.

Eine Erhebung der Personalkosten ergab, daß eine Führung der Fähre als gemeindeeigene Einrichtung sehr personalintensiv wäre, sodaß es im Interesse der Stadtgemeinde liegt, private Initiativen zu mobilisieren. Es wurden daher im Wege der Lokal- und Tagespresse allfällige Interessenten angesprochen. Eine gleiche Aussendung wird auch im Amtsblatt der Stadt Steyr veröffentlicht. Dabei wurde auch eine wesentliche finanzielle Mithilfe der Stadt in Aussicht gestellt. Vor einigen Tagen hat sich ein Interessent bei der Stadtgemeinde gemeldet. Derzeit werden vom Amt die nötigen Überprüfungen im Hinblick auf die

persönliche Verlässlichkeit des Bewerbers und die Ablegung der erforderlichen Prüfung bei der OÖ. Landesregierung durchgeführt.

Die Angelegenheit wird im Hinblick auf die Bedeutung der Verbindung mit Nachdruck weiterverfolgt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ich bitte Sie, diese Anfrage zur Kenntnis zu nehmen. Nach § 15 der Geschäftsordnung ist eine Diskussion darüber nicht zulässig.

Ich bitte um den Vortrag des nächsten Tagesordnungspunktes.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Zum nächsten Tagesordnungspunkt, der allerdings zu beschließen wäre im Anschluß an den Bericht. Es handelt sich um die Erstellung eines mittelfristigen Investitionskonzeptes für die Jahre 1974 bis einschließlich 1978. Ich möchte auf die näheren Details und Vorbereitungsarbeiten nicht eingehen. Es haben bereits zwei Sitzungen als Vorbereitung interfraktionell stattgefunden. In beiden Sitzungen wurde der Beamtenentwurf behandelt, fallweise abgeändert bzw. ergänzt und nun liegt Ihnen heute die Zusammenfassung des Investitionskonzeptes für die nächsten 5 Jahre zur Beschlußfassung vor. Ich möchte Ihnen daher dazu den in der gestrigen Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses gefaßten Entschluß als Antrag bekanntgeben:

2) Gem-157/74

Mittelfristiges Investitionskonzept 1974 - 1978.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Entwurf des mittelfristigen Investitionskonzeptes 1974 - 1978, erweitert noch durch einen Zusatz bis 1980, wird zwecks Vorlage an das Amt der OÖ. Landesregierung in der

vorliegenden Fassung genehmigt.

Ausdrücklich wird festgehalten, daß es sich um ein Konzept handelt, dessen Ansätze aus gegebenem Anlaß jederzeit geändert werden können. (BEILAGE A).

Das entspricht auch dem Inhalt der erwähnten Vorbesprechungen. Ich bitte, über diesen Antrag die Diskussion bzw. Abstimmung einzuleiten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Sie haben den Antrag des Berichtserstatters gehört. Er steht zur Diskussion. Wünscht jemand dazu zu sprechen?

Bitte, Herr Gemeinderat Fritsch!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie mir, zu dem heute zur Beschlußfassung aufliegenden Antrag einige Vorbemerkungen. Die Vorbemerkungen erstrecken sich eigentlich in einer Art von Rückblick, denn wir alle können uns entsinnen, daß hier in diesem Sitzungssaal immer wieder Forderungen - darf ich vielleicht da die Kollegen meiner Fraktion in erster Linie heranziehen - nach Erstellung eines Konzeptes, eines lang- oder auch mittelfristigen Konzeptes, nach der Setzung von Prioritäten erhoben worden sind. Ich darf vielleicht weiters anführen, daß eigentlich dieser heute zur Beschlußfassung vorliegende Entwurf - wenn ich ihn so bezeichnen dürfte - auch in den Forderungen des Rechnungshofes beinhaltet war. Wir können uns noch entsinnen, daß vor einiger Zeit bei einer Informationssitzung des Gemeinderates uns allen miteinander, wenn wir ihn unter diesem Passus laufen lassen wollen, Beamtenentwurf überhändigt wurde und daß eigentlich in kürzestmöglicher Zeit, in der anschließenden Finanz- und Rechtsaus-

schußsitzung, dieser Entwurf bereits der Beschlußfassung und der Zuführung an den Gemeinderat unterzogen werden sollte. Ich glaube hier über jede Fraktionsmeinung hinweg feststellen zu dürfen, daß wir alle miteinander nicht sehr glücklich waren über einen ad-hoc-Entwurf, sondern daß auf Grund der Gespräche, auf Grund der aufgestellten Forderungen im Finanz- und Rechtsausschuß eine Zurücksetzung zur internen Fraktionsberatung und auch zur Abgleichung zwischen den Fraktionen erfolgte. Dies geschah in mehreren Sitzungen, wie auch aus dem Amtsbericht erkenntlich und dieser heute zur Beschlußfassung vorliegende Entwurf spiegelt die Meinungen der Fraktionen wider. Wenn auch nicht - das darf ich auch feststellen - zur Gänze. Vielleicht aber, glauben wir, zumindest die Kollegen meiner Fraktion, daß auf Grund dieser gemeinsamen Arbeit und auf Grund dieses gemeinsamen Zusammenfindens auch ein gemeinsamer Beschluß heutzutage gangbar sein wird, wobei uns aber allen vor Augen zu halten sein wird, daß vorliegendes Konzept ja nicht unabänderbar ist. Das ist auch aus dem Amtsbericht und aus dem Antrag ersichtlich. Es soll dies kein starrer Rahmen sein, es soll dies kein Schema sein, in das wir uns hineinzwängen lassen, sondern daß sich aus Notwendigkeiten ergebend auch Anpassungen an die reale Situation auf jeden Fall vorhanden sein müssen. Dieser Entwurf bedeutet für uns eine Richtschnur, wobei allerdings zu bemerken sein wird, daß dieser Entwurf und dieses Konzept doch im großen und ganzen budgetmäßig, ansatzpostmäßig und auch widmungsmäßig einer entsprechenden Verwendung zugeführt werden soll. Es sei denn, es ergeben sich dementsprechende Umänderungen bzw. Notwendigkeiten anderer Richtung.

Dieser heute vorliegende Ent-

wurf beinhaltet einen Ausgabenrahmen von rund S 500 Mill. Eine horrend Summe, die, wie wir alle wissen, zum Großteil auf dem Kapitalmarkt aufgebracht werden muß. Nachdem heute die Situation auf diesem Markt nicht mehr die Rosigste ist, sondern daß man sich bemühen muß, für städtebauliche Zwecke Geld zu bekommen und dann das Bemühen nicht immer von Erfolg gekrönt ist, haben die Kollegen meiner Fraktion sich erlaubt, einen Vorschlag, den ich vielleicht heute dem Plenum noch einmal unterbreiten darf, in Anwendung zu bringen.

Man müßte trachten von Seiten der Stadtgemeinde bzw. über das übergeordnete Organ, den Städtebund, eine Anleihe aufzulegen, eine Anleihe, die uns in die Lage versetzt, sicherlich zu Bedingungen, die lukrativ sein müssen, aber die uns in die Lage versetzt, unabhängig vom Kapitalmarkt entsprechende Investitionen bzw. Vorhaben finanziell zu sichern. Ich glaube, daß diese Anregung auch sicher weiter verfolgt wird. Es ist uns selbstverständlich klar, daß das nicht innerhalb kürzester Zeit, sondern eben in zur Verfügung stehenden Rahmenzeiten erfolgen kann.

Wir glauben aber, daß vielleicht mit diesem Vorschlag die Möglichkeit besteht, verschiedene Projekte vorzuziehen oder auch zu realisieren. Projekte, die vielleicht jetzt in unserem Entwurf, Konzept, noch nicht enthalten sind.

Ich darf nun vielleicht auf ein paar besonders erscheinende Punkte des vorliegenden Konzeptes eingehen. Ich muß wieder eigennützig sein aus berufsbedingten Gründen. Wir sind froh, daß der Schulbau Gleink um ein Jahr vorgezogen wurde, vorgezogen schon deshalb, weil ja die technischen, planerischen und logischerweise auch die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind. Ich weise aber noch einmal mit aller Deutlichkeit und mit Nach-

druck- und das tue ich auch im Namen meiner an den entsprechenden Schulkomplexen leitenden Kollegen - darauf hin, daß man das Projekt der Taborschule und deren Ausbau nicht aus dem Auge verlieren darf aus Gründen, die ich schon mehrmals expliziert habe und heute nicht nochmals wiederholen möchte. Eine weitere Ansatzpost in der Reihenfolge des Konzeptes, die vielleicht heute die Möglichkeit gibt, einige Gedanken anzubringen, ist das Projekt Zwischenbrücken, wenn wir es so bezeichnen wollen. Es handelt sich um unsere Brücken. Gerade in diesem Zeitpunkt, wo die alte Neutorbrücke abgerissen wird, wo sich dementsprechende technische Gegebenheiten offen zutage bringen lassen, wäre es sicherlich nicht die schlechteste Lösung, wenn man auf Grund des derzeitigen Bauzustandes bzw. Erhaltungszustandes der Neutorbrücke technische Rückschlüsse - da sie ja ungefähr zur gleichen Zeit gebaut worden sind - auf die Zwischenbrücken ziehen könnte. Wir bitten zu verfolgen, welche technischen Notwendigkeiten sich auf Grund der offen zutage liegenden Innereien der Neutorbrücke anwenden lassen auf die noch existenten und den verkehrstragenden Zwischenbrücken.

Unserer Ansicht nach ist und das bitte ich nicht falsch aufzufassen, die Ansatzpost für die Bildung von Fußgängerübergängen mit S 3 Mill. in unserem Entwurf vorliegend zu gering dotiert. Das wissen wir alle selbst, die wir mit diesen Notwendigkeiten uns befaßt haben, daß S 3 Mill. für diese Zwecke nicht unbedingt einer entsprechenden technischen Vervollkommnung das Wort reden können. Wir glauben aber auch, daß die Realisierung von Fußgängerübergängen oder, so technisch notwendig - ich möchte auch den zweiten Passus in Erwägung ziehen - eine Unterführung im Bereich des Tabors unabdingbar ist. Eine Sicherung wurde im Bezug auf die baulichen Maß-

nahmen noch nicht gesetzt und das haben wir bei der letzten Informationsrundfahrt des Gemeinderates erfahren, daß noch keinerlei Pläne über den Fußgängerübergang Blümelhuberberg - technische Pläne - vorliegen. Wir bitten daher in diesem Zusammenhang um eine ehestmögliche Inangriffnahme dieses Projektes, jahrelang gefordert und sicherlich berechtigt.

Genauso existieren nach unseren Informationen keine konkreten Pläne für den Umbau des Volkskins zum Haus der Begegnung. Sie kennen sicherlich die Einstellung unserer Fraktion zu diesem Projekt und wir bitten und ersuchen nur eines, so Sie an eine Realisierung des Hauses der Begegnung denken und da richte ich meinen Appell an die Damen und Herren der Mehrheitsfraktion: Legen Sie bitte in ehestmöglicher Zeit Pläne dafür vor, denn es nützt uns nichts, wenn man, wie ursprünglich geplant, S 30 Mill. dafür einsetzt und nachher auf S 18 Mill. reduziert, wiederum dieselbe Post hat, wenn keine konkreten Vorstellungen vorhanden sind. Es würde dies nur Budgetmittel binden, unnötig binden, die man vielleicht für andere Bauten notwendigerer Art nutzbringender anwenden könnte. Gott sei Dank ein geplanter und ursprünglich nicht vorgesehener Betrag in der Größenordnung von S 15 Mill. und das darf ich vielleicht erwähnen, ist auch auf Betreiben unserer Fraktionskollegen insbesondere erfolgt, ist die Post für die Erhaltung der Altstadt, Maßnahmen im Hinblick auf die Tausendjahrfeier. Es nützt nichts, sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir ein Haus der Begegnung schaffen und gleichzeitig die Stätten der ständigen Begegnung im Altstadtbereich nicht so schützen, wie wir sie normalerweise zu schützen verpflichtet sind. Umso mehr ist die Ansatzpost von S 15 Mill. für diese Maßnahmen zu begrüßen, wobei wir uns aber auch klar sein werden, daß diese S 15

Mill. nicht unbedingt das Limit der dazu aufzuwendenden Beträge darstellen wird. Nachdem nun, sehr geehrte Damen und Herren, dieser Entwurf in gemeinsamer Arbeit von allen Fraktionen dieses Gemeinderates erstellt wurde und eine gemeinsame Linie und damit auch gemeinsame Interessen zum Wohle unserer Stadt, der wir verpflichtet sind, gefunden wurden, darf ich hier namens meiner Fraktion die Zustimmung bereits vorwegnehmen und diesen Entwurf auf jeden Fall mit positiver Beschlußfassung versehen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen?

Herr Kollege Fahrnberger bitte!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Das vorliegende mittelfristige Budgetkonzept enthält mit wenigen Ausnahmen wichtige und sich selbst aufdrängende Aktivitäten, die im Schnitt von 1974 bis 1978 ca. S 90 Mill. pro Jahr erfordern werden und aus dem aoH gedeckt werden müssen.

Ein Vergleich mit dem derzeitigen Haushalt, mit dem derzeitigen aoH zeigt uns, daß, wenn nicht ein Wunder in Richtung Mehreinnahmen geschieht, unsere Beweglichkeit im Finanzbereich total annulliert wird. Aus diesem Grund begrüßen wir den im Antrag vermerkten letzten Absatz, der ausdrücklich festhält, daß es sich nur um ein Konzept handelt und daß aus gegebenem Anlaß jederzeit etwas an diesem Konzept geändert werden kann, und zwar deshalb, daß notwendige Aktivitäten, die zum Ziel haben, die Einnahme für die Gemeinde zu steigern, getätigt werden können. Anregungen dafür werden wir hoffentlich aus den Untersuchungen, die eine Wiener Firma macht

über die Struktur von Steyr und dessen Umland, finden. Eines möchten wir aber hier ganz klar deponieren.

Der besagte letzte Absatz im Antrag, der Änderungen jederzeit zuläßt, kann sich natürlich nicht auf jene Punkte beziehen, die einem Kompromiß dieser Mehrparteieneinigung zugrunde liegen. Vor allem würden wir uns vehement gegen eine Erhöhung der Mittel für den Ausbau des Volkskinos und vehement gegen die Verminderung der von uns bei diesen Gesprächen verlangten und von der ÖVP unterstützten Mitteln für die Sanierung der Altstadt aussprechen.

Unser "Ja" für diesen Antrag geben wir unter diesen Voraussetzungen für das mittelfristige Konzept.

Ich möchte aber diese Gelegenheit heute benützen, weil ja die Tagesordnung leider nie einen Punkt "Allfälliges" aufzeigt, eine Anfrage laut § 11 Absatz 1 des Statutes für die Stadt Steyr zu richten, die sich ebenfalls mit der Wirtschaft, mit der Stadt, mit den Schulen, die im weiteren Sinn auch in das Leben unserer Stadt eingreifen, bringen. Und zwar die Anfrage an den Herrn Bürgermeister betrifft die Schulpolitik des Bundes in Steyr. Der Bund beabsichtigt, die in der Höheren Technischen Lehranstalt bestehende Fachrichtung Landmaschinenbau aufzulassen und nur als einfachen Maschinenbau weiterzuführen. Uns scheint diese Maßnahme grotesk, vor allem in Hinsicht darauf, daß Steyr die größte Landmaschinenfabrik Österreichs beherbergt. Eine Einrichtung, die es in dieser Form ohnehin nur einmal in Österreich gibt und daher, daß unser Staat eine Menge größerer und mittlerer Landmaschinenerzeuger hat, deren Schwerpunkt mit Steyr "Epple", "Reform", "Pöttinger", als die größten Erzeuger in diesem Bereich in Oberösterreich liegen. Da bei der Ausbildung der Landmaschinenbauer in Steyr der allgemeine Maschinenbau ohnehin

nicht zu kurz kommt, außerdem eine Richtung für Kraftfahrzeugbau besteht, sind wir der Ansicht, daß die Fachrichtung Landmaschinenbau nicht aufgelassen, sondern ausgebaut werden soll und modernisiert werden müßte. Die Begründung dafür liegt im diffizilen Anwendungsbereich der Landmaschinen und wer sich in diesem Bereich auskennt, weiß, daß die Leute grundlegende Kenntnisse über die Agrarstruktur, über die Struktur im landwirtschaftlichen Bereich aufweisen müssen, um die Anwendung zu garantieren. Unsere Anfrage an den Herrn Bürgermeister lautet daher:

"Was gedenkt die Stadt Steyr zu tun, um den Bund zur Zurücknahme seines Vorhabens zu bewegen?"

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ich danke für den Diskussionsbeitrag.

Als nächster Redner Herr Kollege Treml!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Grundsätzlich begrüßen wir Kommunisten die Erstellung des mittelfristigen Investitionskonzeptes und stimmen auch weitgehend mit dem Vorschlag überein, so wie auch von einer Reihe von Vorrednern schon erwähnt wurde, daß alle Fraktionen bei der Ausarbeitung mitgewirkt haben. Uns Kommunisten ist allerdings dabei völlig klar, daß es unter den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in unserem Land, der vielgepriesenen freien Marktwirtschaft, also der planlosen kapitalistischen Wirtschaft schwer oder fast unmöglich ist, auf mehrere Jahre zu planen und auch diese Vorhaben dann zu realisieren. Wir sehen dies im Gemeinderat von Jahr zu Jahr bei den Vorhaben, die wir uns im Budget vorstellen, müssen

wir immer wieder im nachhinein feststellen, daß von diesen Vorhaben meist nur bis knapp ein Drittel verwirklicht bzw. durchgeführt werden können. Die derzeitige wirtschaftliche inflationäre Entwicklung in unserem Land läßt in dieser Richtung keine positive Veränderung erkennen. Daher wurde voraussehend der Hinweis im Amtsbericht vermerkt, daß Änderungen, die sich im Laufe der Zeit ergeben, ohne weiteres später vorgenommen werden können. Die Gesamtsumme des vorliegenden Investitionsprogrammes würde die Summe von über S 500 Mill. beanspruchen, in der aber die rapide zunehmende Schillingentwertung bis jetzt nicht einkalkuliert ist.

Wenn ich einleitend sagte, wir Kommunisten stimmen weitgehend mit dem Investitionskonzept überein, dann aus dem Grund, da wir bei den Vorhaben Wohnbaumaßnahmen, wenn Sie nachsehen, die Auffassung vertreten, daß jede Steyrer Familie das Recht auf eine gesunde größere entsprechende Wohnung hat. Da es in unserer Stadt, wie Sie auch alle wissen, über 2.000 Familien gibt, die sich bei der Stadtgemeinde um eine Wohnung bewerben, ist es nach unserer Auffassung die vordringliche Aufgabe der Gemeinde, das Wohnungsproblem, die Wohnungsnot in unserer Stadt rascher als bisher zu lösen. Da genügt es eben nicht, mit nur einer Bemerkung im Konzept hinzuweisen, daß die Wohnbautätigkeit nach den Grundsätzen der Wohnbauförderung abgewickelt wird. Einer Förderung, wie Bundeskanzler Kreisky vor kurzem selbst zugeben mußte, daß die Wohnbaukosten heute so hoch geworden sind, daß es vor allem jungen Ehepaaren immer schwerer fällt, die Miete der neuen Wohnungen zu bezahlen. Auch wir selbst wissen es, die im Wohnungsausschuß tätig sind, wie schwer es oft ist, die neu hergestellten Wohnungen im Resthofgebiet zu vergeben bzw. müssen wir feststel-

len, daß diese Wohnungen des öfteren vergeben werden müssen, bis tatsächlich jemand diese Wohnung bezieht. Ich glaube bei Mieten mit S 22,-/m², das heißt, daß man monatlich ungefähr S 2.000,-, teilweise sogar darüber, für die Miete bezahlen muß und dazu noch zusätzlich einen Baukostenbeitrag bis über S 50.000,- zu entrichten hat, kommt dies hier klar zum Ausdruck. Wir Kommunisten vertreten daher die Auffassung, daß auch die Stadtgemeinde Mittel für den Wohnbau der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt bereitstellt. Um der sozialen Aufgabe gerecht zu werden, den Wohnungsansuchenden mit niedrigen Einkommen eine zeitgemäße Wohnung zu erschwinglichen Mieten zu ermöglichen, soll die Gemeinde die Errichtung solcher Wohnungen durch Beistellung von Baugrund fördern. Die Notwendigkeit ergibt sich schon daraus, da die Baukosten im Wohnhausbau, laut letzten Informationen und Mitteilungen um 37 % höher waren als im Durchschnitt der Jahre 1971 und 1972 und mit Wahrscheinlichkeit in den folgenden Jahren bis zum Jahre 1980, soweit es hier vorgesehen ist im Investitionskonzept, weiter ansteigen werden. Wir vertreten auch die Meinung, daß der Eigenheimbau durch Bereitstellung billiger Baugründe oder der zur Deckung des unmittelbaren Wohnungsbedarfes dient, gefördert wird. Darunter haben wir konkrete Vorstellungen und haben auch bei den vorbereitenden Gesprächen hingewiesen darauf, daß wir damit besonders die Gründe in der Waldrandsiedlung meinen. Außerdem sollen von der Stadtgemeinde Zuschüsse zur Instandsetzung bzw. zur Modernisierung von Wohnungen in den alten Gemeindehäusern gegeben werden, und zwar meinen wir wiederum die Häuser vorwiegend die im Besitze der Stadtgemeinde sind und sich auf der Ennsleite befinden, um den Wohnungsbestand den heutigen Erforder-

nissen anzupassen ohne die Mieter - es handelt sich hier vorwiegend um ältere Mieter - übermäßig zu belasten. Aber mit den im Konzept vorgesehenen S 12 Mill. bis zum Jahre 1978 wird unserer Meinung nach kein Beitrag zur Lösung des Hauptproblems der Stadt, nämlich des Wohnungsproblems geleistet. Im allgemeinen haben wir unsere Vorstellungen bei den Besprechungen kundgetan. Ich kann hier erklären, daß wir dem Investitionskonzept zustimmen werden.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag das Wort? Der Referent wird nun dazu noch einmal sprechen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Es ist von Beginn an logisch gewesen, daß eine Diskussion über die Frage eines lang- oder mittelfristigen Konzeptes in diesem Fall im Gemeinderat entstehen wird. Und zwar schon deshalb, weil es sich überhaupt, soweit ich die Situation kenne, das erste Mal ergibt, daß man über solche Fragen konzentriert spricht. Ich muß aber zurückblenden auf den Ursprung dieser Entwicklung. Es war sicherlich immer der Wunsch aller Fraktionen, über einen größeren Zeitraum als nur über ein Budgetjahr hinweg zu erkennen, wie groß der Finanzaufwand ist, der benötigt wird einerseits und vor allem, welche Ziele man hier verfolgen will. Daß hier die Meinungen der Fraktionen - das haben wir immer wieder aus den Budgetdebatten entnommen, obwohl jetzt die Einhelligkeit sich herausstellt - auseinandergehen, und zwar in der Zielsetzung und es ist ganz natürlich, daß man hier das Veto gegen diese oder jene Fragen einlegt. Aber im Grunde genommen haben wir doch alle das

gleiche Ziel, hier in unserer Stadt fortschrittlich zu handeln, fortschrittlich zu denken und das bedingt eben gewisse Stellungnahmen und Erklärungen. Ich kann nur sagen, daß darüberhinaus gerade von Landeshauptmann-Stellvertreter Fridl uns bei einem Besuch einmal dezidiert gesagt wurde, daß er als Gemeindereferent eine solche Übersicht anstrebt, um in ganz OÖ. den Überblick zu bekommen, was wirklich notwendig ist und was die Gemeinden als notwendig erachten, aus dem heraus gewisse Prioritäten bei der Zuteilung der Fördermittel zu erkennen wären. Das entspricht durchwegs den Wünschen, die wir hier im Gemeinderat des öfteren geäußert haben und heute wiederum zum Ausdruck gekommen sind. Ich darf noch hinzufügen, daß natürlich hier - ich möchte auf die Einzelheiten nicht so sehr eingehen - allerdings zur Stellungnahme des Kollegen Fritsch möchte ich sagen, daß es natürlich ist, daß dieses Konzept, ich glaube auch Gemeinderat Fahrnberger hat das erwähnt und auch Gemeinderat Treml, in den Ansätzen natürlich nur basieren kann auf den Werten des Jahres 1974, denn wir können ja von vornherein nicht einsehen, wie die Währungs- und Finanzpolitik sich auf die Kasse der Gemeinde niederschlagen wird. Daher können wir nur ausgehen vom Zeitpunkt der Erstellung dieses Konzeptes. Das bedingt von vornherein auch die Erkenntnis, daß wir auch gewisse Änderungen, je nach Bedarf und Notwendigkeit, in das Auge fassen müssen. Die Frage betreffs der Anleihe kann ich nur dahingehend beantworten, daß wir amtsintern im Haus bereits Erhebungen veranlaßt haben, die die Vorgangsweise zu einer Anleihe zu kommen bzw. eine Anleihenfrage einzuleiten, wie wir diesen Schritt gehen sollen. Die Tatsache, glaube ich, ist aber jedem bekannt, daß der Weg zu einer Anleihe zu kommen, nicht von heute auf mor-

gen erfüllbar ist, denn beim Finanzminister, soweit ich die Situation kenne, sind eine ganze Reihe Anträge um die Genehmigung eingelangt. Das Finanzministerium kann eben meiner Ansicht nach nur eine gewisse Zahl, einen gewissen Aufwand pro Jahr freigeben. Jedenfalls von uns aus wird dieser Weg zunächst einmal überprüft und im Erhebungsweg eingeleitet.

Ein paar andere Dinge, beispielsweise die Neutorbrücke. Meiner Erkundigung nach sind die drei Eisenbrücken im gleichen Zeitraum entstanden. Die Expertengutachten haben sehr widersprechende Aussagen getroffen, ursprünglich daß die Neutorbrücke die schlechteste sei, zuletzt wiederum entgegengesetzt, daß sie noch die bessere der drei Eisenbrücken ist. Aber zweifellos wird, wenn der Verkehr das gestattet und das hängt weitgehend von dem Verkehrsfluß auf der neuen Schönauerbrücke und den Anschlußstücken ab, eine solche Überprüfung unter Umständen notwendig sein, um den Kern der Brücken in der Fahrbahn überprüfen zu können.

Wir hoffen nur, daß inzwischen - das setzen wir voraus, die Brücken auch ohne Überprüfung in diesem Zustand noch halten werden, denn wenn man tatsächlich ausgeht vom Zustand der Neutorbrücke, können wir das jederzeit erwarten.

Zu den übrigen Dingen, Fußgängerübergang, möchte ich sagen, es sind bereits zwei Dinge angelaufen. Eine sehr wesentliche Fußgängerunterführung bei der Zieglergassenbrücke, die ja Verbindung ist mit dem Projekt Schradergründe, ist ja bereits im Bau und die Vorbereitungen zur Durchführung des Überganges am Blümelhuberberg sind auch soweit gediehen, daß es - die rechtlichen Sachen sind meines Wissens abgeschlossen - nur mehr eine Frage der technischen Durchführung sein wird.

Die anderen Fragen, Kollege

Fahrnberger, wegen Auflassung der Fachrichtung Landmaschinenbau in der HTL Steyr kann ich aus dem Stegreif nicht beantworten. Wir haben Ihre Anfrage zur Kenntnis genommen. Das Präsidium wird entsprechende Erhebungen veranlassen und das dann einer Beantwortung zuführen.

Im übrigen glaube ich, müssen wir eines zu dem Konzept noch abschließend sagen. Daß es eine Art Wunschvorstellung des Gemeinderates ist. Wenn Sie die Jahressummen zusammenrechnen kommen zwar unterschiedliche Summen heraus, aber immerhin beträchtliche Summen, auf dem heutigen Stand bemessen. Denn allein die Abwasserbeseitigungsanlagen, die notwendig sind, ermessen in diesem erfaßten Zeitraum, sind S 120 Mill. Das sind Kanäle, Abwasserbeseitigungsanlagen sonstiger Art, die kein Mensch in Steyr mehr zur Kenntnis nimmt, in diesem Augenblick, wo sie aus der Sicht verschwunden sind, weil die Straßen zugemacht sind. Jeder wünscht nur die Möglichkeit der Abwasserbeseitigung überhaupt und vor allem sauberes Grundwasser und saubere Umgebung. Das ist der Wunsch, den wir mit dieser Budgetierung hier auch verbinden. Allein die Schulgebäude werden, wenn wir unsere Vorstellungen verwirklichen können, ein Ausmaß von S 77 Mill. erfassen. Was das in diesem Kreis heißt, glaube ich, ist jedem Gemeinderat klar, bei der Budgetsituation, die wir jedes Jahr vorfinden bei unseren Behandlungen.

Ich möchte nicht auf die einzelnen Dinge eingehen, aber wir haben ganz besonderen Wert auch darauf gelegt, daß hier der Gewerbeförderung, der Siedlung entsprechendes Augenmerk zugewendet wird, denn wenn Sie nachsehen, ist für Bauerwartungsgebiet und da aus Steuermitteln, immerhin ein Betrag von insgesamt S 50 Mill. vorgesehen. Das sind Beträge, die schon ganz erheblich sind. Die sonsti-

gen Aufwendungen, die hier eingesetzt worden sind, sind immerhin auch S 37 Mill. und es ist noch gar nicht feststehend, ob wir alle diese Ziele, die wir uns selbst vorgestellt haben, nicht nur in den Vorbesprechungen sondern auch hier im Gemeinderat, daß wir bei der entsprechenden Finanzsituation das hoffentlich erfüllen können. Ich möchte abschließend noch als Referent sagen, daß ich zwar nicht für Finanzen im allgemeinen zuständig bin, sondern jetzt vertretungsweise für den Bürgermeister und daß ich mir um die Kompliziertheit dieses Vorganges und die Bedeutung dieser Entscheidungen, die mit diesem Konzept verbunden sind, vollkommen im klaren bin, daß wir aber auch nicht daran vorbeikommen werden, fallweise wenn es im Interesse unserer Stadt und der Öffentlichkeit liegt, gewisse Änderungen vorzunehmen. Den einzelnen Fraktionsprechern möchte ich als Referent danken für die Zustimmungserklärung und bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ich danke für das Schlußwort. Der Antrag, der ein grundsätzlicher Antrag ist, steht nun zur Abstimmung und ich bitte die Damen und Herren, die mit dem Antrag einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist somit einstimmig angenommen worden.

Zur Anfrage des Kollegen Ing. Fahrnberger, diese Anfrage wird dem Protokoll einverleibt und das Präsidium wird die notwendigen Schritte hierzu unternehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich in der Berichterstattung fortfahren. Als nächsten Tagesordnungspunkt habe ich Ihnen einen Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis

zu bringen, der sich mit der Verleihung von Rettungsverdienstmedaillen beschäftigt.

3) Präs-727/72

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

An Anerkennung der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete des Rettungs-, bzw. Bergrettungswesens wird an folgende Personen die Rettungs-Verdienstmedaille der Stadt Steyr verliehen:

IN SILBER (für eine mehr als 20jährige Tätigkeit):

Raffetseder Kurt, Bergrettungsmann,
geb. 1923 - 24 Jahre

Hathayer Rosina, Gruppenleiterin,
geb. 1915 - 22 Jahre

IN BRONZE (für eine mehr als 15jährige Tätigkeit):

Bogner Karl, Koll. Kdt. Stellv.,
geb. 1916 - 16 Jahre

Achmund Franz, Abt. Kdt. Stellv.,
geb. 1932 - 16 Jahre

Ramsauer Georg, Oberzugsführer,
geb. 1921 - 19 Jahre

Heindl Hans, Zugsführer,
geb. 1914 - 15 Jahre

Hinterleitner Manfred, Zugsführer,
geb. 1940 - 15 Jahre

Presenhuber Bruno, Zugsführer,
geb. 1941 - 15 Jahre

Putz Johann, Zugsführer,
geb. 1931 - 18 Jahre

Swozil Franz, Zugsführer,
geb. 1920 - 15 Jahre

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Wünscht hiezu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn sich keine Gegenstimme erhebt, darf ich die einstimmige Annahme dieses Antrages annehmen. Danke, ich bitte um den

nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Der nächste Antrag wird zur Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr, Arbeitsjahr 1974/75, gestellt. Ich möchte jedoch die Frage richten, ob Sie den Antrag zur Gänze verlesen haben wollen, denn es sind eine Reihe verschiedener Beträge zu beschließen oder ob es genügt, wenn ich den Antrag grundsätzlich stelle auf Grund der zugegangenen Akten.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich würde um Verlesung ersuchen, zumindestens sinngemäß. Ich mache das nicht als Bosheitsakt, nur ist mir aufgefallen, daß eine Reihe von Akten, die zugestellt werden vom Stadtsenat, daß manche nicht drinnen sind. Das ist z. B. ein Akt, den ich nicht kenne und ich kann infolgedessen keine Stellungnahme abgeben, wenn ich nicht einmal weiß, wie die Kursbeiträge erhöht wurden.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ich bitte, dem zu entsprechen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich entspreche natürlich gerne dem Wunsch.

Dazu muß ich einleitend sagen, es dürfte sich allerdings um ein Mißverständnis handeln, denn normalerweise bekommen alle Gemeinderatsmitglieder sämtliche Akten des Stadtsenates zugestellt. Es könnte sich nur gerade in diesem Fall um einen Irrtum handeln. Aber ich bin gerne bereit, den Text zu verlesen, das ist ja kein Geheimnis.

Vorausschicken darf ich auch, daß diese neuen Sätze abgestimmt sind mit der Volkshochschule in OÖ. und auch mit den Kursen der Arbeiterkammer,

sodaß hier keine unterschiedlichen Entwicklungen zustande kommen. Der Antrag lautet:

4) VH-1320/74

Festsetzung der Kursbeiträge und Kursleiterhonorare für die Volkshochschule der Stadt Steyr, Arbeitsjahr 1974/75.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Durchführung der Kurse der Volkshochschule der Stadt Steyr im Arbeitsjahr 1974/75 werden nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. IX vom 8. März 1974 die Kursbeiträge und Kursleiterhonorare folgend festgesetzt:

- a) Kurse für Erwachsene und Jugendliche ohne besondere Aufwendungen pro Einheit S 4,--
- b) Kurse für Erwachsene und Jugendliche mit besonderen Aufwendungen (z. B. Benützung von Näh- und Schreibmaschinen, Musikbegleitung usw.)
pro Einheit S 4,--
zuzüglich Aufwandsentschädigung pro Semester S 30,--
- c) Vorbereitungskurs für Beamten-Aufstiegsprüfung monatlich S 170,--
- d) Vorbereitungskurs für Hauptschulprüfung monatlich S 200,--
- e) Seniorenklubs
Arbeitsjahr S 30,--
- f) Freizeitkurse für Kinder ohne besondere Aufwendungen
pro Einheit S 2,50
- g) Freizeitkurse für Kinder mit besonderen Aufwendungen (z. B. Musikbegleitung etc.)
pro Einheit S 2,50
zuzüglich Aufwandsentschädigung pro Semester S 20,--
- h) Kurse der Kindersingschule
pro Semester S 45,--
- i) Jugendkurse für Fortbildung (sogenannte Lerngemeinschaften)
monatlich S 30,--

j) Säuglingspflege kostenlos

Der stadträtliche Kulturreferent wird ermächtigt, in besonders gelagerten Fällen Ermäßigungen bzw. Befreiungen von Kursbeiträgen zu gewähren.

Für alle den Präsenzdienst leistenden Soldaten der Garnison Steyr werden die Kursgebühren um die Hälfte ermäßigt.

Die Kursleiterhonorare werden mit S 85,- pro Kurseinheit (= 45 Minuten) festgesetzt. Den Lehrkräften im Vorbereitungskurs für die Beamten-Aufstiegsprüfung wird das doppelte Stundenhonorar, das sind S 170,- pro Einheit, zuerkannt.

Die Leiterinnen der Seniorenklubs erhalten eine Vergütung von S 30,- pro Stunde (=60 Minuten), die Hilfskräfte von S 25,- pro Stunde.

Außerdem wird jedem Kursleiter pro Kurs (bzw. pro jeweils 30 Unterrichtseinheiten = S 2.550,-) eine Beihilfe zur Abdeckung der Besteuerung von S 85,- gewährt.

Dem Leiter der Kindersingschule, dem Leiter der Jugendkurse für Fortbildung und Freizeitgestaltung sowie dem Leiter des Hauptschullehrganges wird pro Semester ein Betrag von S 1.700,- als Leiterzulage zuerkannt.

Lehrkräften, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb von Steyr haben und für die Ausübung ihrer Kursleitertätigkeit ständig auf die Benützung von Verkehrsmitteln angewiesen sind, kann neben der Fahrtkostenvergütung eine Entschädigung für den Zeitausfall - je nach der Entfernung - bis zu S 60,- pro Kurstag gewährt werden. Sollten die öffentlichen Verkehrsmittel nicht ausreichen, kann auch das amtlich festgesetzte Kilometergeld verrechnet werden.

Außerdem können Vortragenden für die Beistellung von Lehrmaterial, das über den üblichen Rahmen hinausgeht bzw. für besondere Vorbereitung Beihilfen im Betrage bis zu S 400,--

pro Semester und Kurs zuerkannt werden. Die Festsetzung der Höhe obliegt dem Anordnungsbefugten.

Analog den Honoraren für die Kursleiter wird das Honorar für die Durchführung von Kunstführungen im Rahmen der Volkshochschule mit S 170,- pro Führung festgesetzt. Der Regiebeitrag für diese Führungen wird mit S 12,- pro Person fixiert, während der Regiekostenbeitrag für Betriebsführungen mit S 6,- pro Person festgelegt wird.

Die Leihgebühr für die für Unterrichtszwecke an Kursteilnehmer leihweise zur Verfügung gestellten Lehrbücher beträgt S 2,50 pro angefangenem Monat.

Das ist der Antrag und ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Sie haben den Antrag gehört. Wortmeldungen dazu? Bitte Herr Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Ich habe schon bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates festgestellt, daß wir Kommunisten allen Anträgen, die für die weitere kulturelle und soziale Entwicklung der Bevölkerung unserer Stadt förderlich sind, unsere Zustimmung geben werden. Aber wir betrachten die neuerliche Erhöhung der Kursbeiträge der Volkshochschule, wie sie jetzt vorgebracht worden sind, im Betrag von 20 - 30 % als eine unsoziale Gebührenpolitik und lehnen daher als Kommunisten diese beantragte Erhöhung ab. Ich erspare mir diesmal ausführlich Stellung zu nehmen warum und weshalb wir diese Gebührenerhöhung ablehnen, weil ich die Erfahrung gemacht habe, auch schon bei der letzten

Festsetzung, daß der Gemeinderat nicht gewillt ist, auch hier Abstand zu nehmen, wo es eigentlich Aufgabe des Staates wäre hier mitzuwirken, daß er die Kosten der Volkshochschule nicht nur von Steyr, sondern aller Städte übernimmt. Aber diese Argumente von uns Kommunisten sind in diesem Rahmen zur Genüge bekannt. Wenn Sie nun diese beantragte Erhöhung beschließen, so ist dies in den 5 Monaten dieses Jahres die 11. Erhöhung, wo Sie damit die Bevölkerung unserer Stadt weiter belasten. Ich werde Ihnen auch nicht die 10 Erhöhungen, die vorher schon beschlossen wurden, deziert anführen, weil die Damen und Herren des Gemeinderates wahrscheinlich noch genau wissen werden, welche Erhöhungen Sie in den letzten 5 Monaten beschlossen haben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ich danke. Noch eine Wortmeldung? Herr Kollege bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich möchte nur hinzufügen, daß mit der Ablehnung durch die kommunistische Fraktion, durch den kommunistischen Kollegen Treml, natürlich auch von seiner Seite die Ablehnung der Erhöhung der Kursleiterhonorare usw. verbunden ist. Das möchte ich nur der Ordnung halber feststellen, weil hier eine Anhebung sowohl der Kursbeiträge als auch der Kursleiterhonorare verbunden ist. Ich möchte das nur erwähnen, damit es nicht in Vergessenheit gerät. Ich bitte nun um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Danke. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen? Keine. Gegen 1 Stimme

(KPÖ) angenommen.

Der nächste Antrag bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ein Antrag des Stadtsenates betrifft die Reisegebührenvorschrift 1955 bzw. deren Änderung.

5) Pers-164/74

Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Rückwirkend ab 1. 4. 1974 wird das Kilometergeld für die Benützung eigener Kraftfahrzeuge Bediensteter für dienstliche Fahrten wie folgt neu bestimmt:

- 1) für Personenkrafträder mit einem Hubvolumen bis 250 ccm
S 0,75 (bisher 0,70)
über 250 ccm
S 1,30 (bisher 1,25)
- 2) für Personenkraftwagen mit einem Hubvolumen bis 1.000 ccm
S 2,-- (bisher 1,90)
von 1.001 - 1.500 ccm
S 2,40 (bisher 2,25)
von 1.501 - 2.000 ccm
S 3,-- (bisher 2,85)
über 2.000 ccm
S 3,50 (bisher 3,30)
pro km.

Der Zuschlag für die Mitbeförderung je eines dienstreisenden Beamten bleibt mit S 0,25 je Fahrkilometer unverändert.

Ich bitte um die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Wortmeldungen hiezu? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich eine Gegenstimme? Eine Stimmenthaltung? Ebenfalls nicht, daher einstimmig angenommen.

Der nächste Antrag.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Der 1. Juli bringt auch für die Bediensteten dieses Hauses auf Grund des Gehaltsgesetzes eine Veränderung, wozu ich Ihnen einen Antrag zur Kenntnis bringen muß, der von der Personalkommission bereits am 9. Mai positiv beschlossen wurde und auch den Stadtsenat positiv passiert hat.

6) Präs-217/74

Bezugsregelung und Teuerungszulage mit Wirkung vom 1. 7. 1974.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

I

Den Beamten des Dienststandes werden ab 1. 7. 1974 Teuerungszulagen im Ausmaß von 16,2 % des Gehaltes und der im § 3 (2) GG. vorgesehenen Zulagen mit Ausnahme der Haushaltszulage gewährt.

Den Empfängern von Ruhe- und Versorgungsbezügen werden ab dem gleichen Zeitpunkt Teuerungszulagen im Ausmaß von 16,2 % des Ruhe- (Versorgungs)bezuges und der Hilflosenzulage zuerkannt.

Die sich durch die Einbeziehung der Teuerungszulage ergebenden Bezüge sind auf volle Schillingbeträge auf- bzw. abzurunden.

II

Den Beamten in handwerklicher Verwendung werden bis zu einer entsprechenden Novellierung des § 30 (20) StGBG ab 1. 7. 1974 vorschußweise monatliche Ergänzungszahlungen in Höhe der Differenz zwischen den derzeit geltenden Gehaltsansätzen (zuzüglich der Teuerungszulage) und den in der Anlage angegebenen, um die Teuerungszulage gem. Abschnitt I erhöhten Gehaltsansätzen gewährt. Diese Ergänzungszahlung unterliegt der Pensionsbeitrags- und Krankenfürsorgebeitragspflicht sowie der Pensionsautomatik.

Diese Bestimmungen finden sinngemäß auf die Vertragsarbeiter Anwendung.

III

Die am 1. 7. 1974 zustehenden Nebengebühren und sonstigen Vergütungen, die der Gehaltsautomatik unterliegen, werden ab dem genannten Zeitpunkt um 10,33 % erhöht.
(BEILAGE B).

Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Ebenfalls nicht der Fall. Wenn sich keine Gegenstimme erhebt, nehme ich an, daß Sie mit diesem Antrag einverstanden sind. Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Der nächste Antrag des Stadtsenates betrifft die Subvention an die Personalvertretung beim Magistrat Steyr für Personalbetreuungsaufgaben (freiwillige Sozialleistungen).
Er lautet:

7) Präs-135/74

Gewährung einer Subvention an die Personalvertretung beim Magistrat Steyr für Personalbetreuungsaufgaben (freiwillige Sozialleistungen).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Antrag wird der Personalvertretung beim Magistrat der Stadt Steyr für das Jahr 1974 eine Subvention in Höhe von

S 240.000,--

(Schilling zweihundertvierzigtausend)

gewährt. Der genannte Betrag wird hiermit bei VP 01-15 oH. freigegeben.

Über die widmungsgemäße Ver-

wendung des Betrages ist nach Ablauf des Jahres 1974 dem Magistrat zu berichten.

Der Bericht vom 3. 4. 1974 über die Verwendung der Subvention 1973 wird zur Kenntnis genommen.

Ich darf hinzufügen, daß es sich dabei vor allem um die Betriebsausflüge handelt, die mit diesem Betrag finanziert werden. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Sie haben den Antrag gehört. Wer wünscht dazu das Wort?

Herr Kollege Dr. Stellnberger bitte!

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte mir eine kurze Bemerkung zu diesem Tagesordnungspunkt erlauben. Wir sind selbstverständlich mit der Subventionsgewährung in der beantragten Höhe einverstanden. Ich möchte jedoch nicht unerwähnt lassen, daß meine Fraktionskollegen in einer der jüngsten Senatsitzungen gezwungen waren, einem Sonderwunsch auf Vergütung von Schulungskosten die Zustimmung zu versagen. Dieses "Nein" richtete sich nicht gegen die Gewerkschaftsmitglieder, sondern vielmehr gegen die Handhabung der Mittelbeanspruchung. Es war einerseits bisher nicht üblich, daß man gesondert für Schulungen Kosten beantragte, weil in der Regel müßte ohnedies der Veranstalter die Kosten tragen. Zum anderen und das vor allem aber haben deswegen meine Fraktionskollegen die Zustimmung versagt, weil ihrem Wunsch auf gesonderte Rechnungslegung nicht entsprochen wurde. Ich glaube, daß gerade diese Vorgangsweise nicht richtig war und auch taktisch unklug, weil sie Anlaß zu diversen Spekulationen gibt, die sogar dahin führen können, daß jemand ver-

mutet, wenn keine Belege gegeben werden, könnte man ja sogar aus Gewerkschaftsmitteln Wahlspenden geben.

Ich persönlich bezweifle nicht die ordnungsgemäße Verwendung der Subventionen. Ich würde aber sehr empfehlen, daß man Sonderwünsche genauso belegt, wie diese Pauschalsubvention, denn dadurch werden auch Rechenschaftsberichte abgegeben, die sich dann entsprechend decken müßten mit den zugewendeten Mitteln.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Gibt es dazu noch eine Wortmeldung?

Herr Kollege Weiss.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich möchte schon aufklärend wirken. Mich wundert diese Stellungnahme insofern, denn Kollege Dr. Stellnberger ist selbst Betriebsratsobmann eines Betriebes und zwar eines namhaften Betriebes in Steyr, genauso wie ich mich zu diesem Kreis zähle. Mir ist in meiner bisherigen Funktionstätigkeit als Betriebsrat, die immerhin 17 Jahre zurückgeht, kein Umstand bekannt, wo die Betriebsratskörperschaft von der Firmenleitung aufgefordert worden wäre, über die eigenen Aufwendungen Rechnung zu legen. Ich glaube auch, in Ihrem Bereich wird das kaum üblich sein. Ich kenne die Usancen dort weniger. Der Betriebsrat ist eine in sich geschlossene selbständige Körperschaft, bei welcher der Arbeitgeber keine Einflußnahme in die Geschäftsgebarung oder Geschäftsführung nehmen kann oder darf. Hier geht es vor allem um eines, um die 10.000 Schilling aufzuklären. Ich glaube, jeder Arbeitgeber gerade in der heutigen Zeit, die sehr beweglich geworden ist auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes, müßte auch mit interessiert sein, daß sich Gewerkschaftsvertretungen, vor

allem Betriebsratskörperschaften und eine solche ist die hiesige Personalvertretung auch im Bezug auf alle dienstrechtlichen, wirtschaftlichen Notwendigkeiten weiterbilden und das ist ein Förderungsbeitrag gewesen, der im Stadtsenat behandelt wurde, von der ÖVP abgelehnt, wo es um eine Förderung in dieser Richtung gegangen ist, die Bildungstätigkeit der hiesigen Personalvertretung zu gewährleisten oder zu unterstützen. Maß muß eines trennen und das ist durch eine gewisse Personalunion im Haus dem Außenstehenden kaum möglich oder nicht möglich, daß die Personalvertretung des Magistrates Steyr identisch ist mit einer Betriebsratskörperschaft in einem privatwirtschaftlichen Unternehmen. Die Gewerkschaft ist personell zwar in einer Union, aber eine andere Körperschaft. Nachdem es hier in der Stadt Steyr, die ja ein eigenes Statut hat und eine Bezirkshauptmannschaft hat, gibt es keine zweite Gemeindeeinrichtung und daher ist diese Personalunion gegeben. Das ist sachlich absolut verständlich und ich habe versucht, als zuständiger Personalreferent diese Angelegenheit aufzuklären. Ich möchte noch einmal sagen, es wird kaum hier - es sind ja mehrere Mitglieder einer Betriebsratskörperschaft im Raum - jemand Verständnis haben, wenn der Arbeitgeber über alle diese Dinge Rechnungslegung verlangt. Das würde nicht nur ein Mißtrauen sein, sondern vor allem eines bewirken, daß der Arbeitgeber unberechtigterweise in eine selbständige Körperschaft eingreift. Ich bitte auch, in dieser Richtung meine Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Danke. Ich schreite zur Abstimmung dieses Antrages. Wer mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden ist, den bitte ich, ein Zeichen

mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Keine, daher einstimmig angenommen. Der letzte Antrag des Berichterstatters.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Der letzte Antrag betrifft die Jahresrechnung 1973 der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr. Hier darf ich Ihnen kurz und lapidar den Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringen, der übrigens auch die Personalkommission einstimmig passiert hat.

8) SV-1555/74

Genehmigung der Jahresrechnung 1973 der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Jahresrechnung 1973 der KFA der Beamten des Magistrates Steyr wird genehmigt.

(BEILAGE C).

Ich glaube, die Fraktionen haben alle diese Zusammenstellung erhalten.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wir haben sie nicht erhalten!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Nicht erhalten? Ich muß hinzufügen, die KFA ist eine eigene Körperschaft. Das wurde im Kuratorium behandelt. Es besteht ein Kuratorium ..

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Dem wir nicht angehören!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

... das der Gemeinderat bestellt hat und dieses hat diese Angelegenheit behandelt. Ich bitte dennoch um die Beschlußfassung und darf hinzufügen, daß wir erstmals seit Jahren wieder einmal

passiv waren im Jahre 1973 und das hat bewirkt, daß eben über Beschluß des Kuratoriums die Bemessungsgrundlagen angepaßt und angehoben werden mußten, denn sonst wäre eine Ausgeglichenheit dieser Krankenfürsorgeanstalt nicht möglich gewesen.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Bitte Kollege Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, eine kleine Bemerkung. Wie schon vorhin Kollege Treml bemerkt hat, es wäre im Sinne einer einfachen Beschlußfassung sicherlich zweckmäßig, wenn diese Unterlagen allen Mitgliedern des Gemeinderates zuzugingen, besonders weil dieses von Ihnen angeschnittene Kollegium nicht von allen Fraktionen des Gemeinderates beschickt wird, sondern soviel ich weiß, nur von einer politischen Richtung aus die Mitglieder sich rekrutieren. Vielleicht könnte man in Zukunft die Beschlußfindung in der Richtung vereinfachen. Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer mit dem vorliegenden Antrag einverstanden ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Die Jahresrechnung ist damit einstimmig zur Kenntnis genommen worden. Damit ist der Berichterstatter von seiner Berichterstattung entlassen. Ich kann ihm den Vorsitz wieder übergeben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und erteile Kollegen Petermair

das Wort für seine Berichte und Anträge.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Meine Damen und Herren!

Als erster Antrag ist hier die Fremdenverkehrskommission neu zu bestellen. Die erste Funktionsperiode läuft im Juni 1974 aus. Es können nach wie vor wieder die gleichen Mitglieder in diese Kommission bestellt werden. Die Fremdenverkehrskommission besteht aus 5 Mitgliedern, die von der Gemeindevertretung entsendet werden, aus 5 Mitgliedern, die von der Handelskammer entsendet werden, 2 von der Arbeiterkammer und 2 Mitglieder aus der Landwirtschaftskammer.

Die von der Gemeinde nunmehr zu entsendenden Mitglieder werden Ihnen im Antrag vorgeschlagen:

9) Wi-2726/74

Fremdenverkehrskommission Steyr;
Neuernennung der Mitglieder.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zwecks Bestellung zu Mitgliedern der Fremdenverkehrskommission Steyr werden die fünf von der Stadt Steyr namhaft zu machenden Mitglieder wie folgt vorgeschlagen:

Bürgermeister Josef Fellingner
Bürgermeister-Stellvertreter Leopold Petermair

Gemeinderat Johann Zöchling
Hubert Preisinger, Gastwirt
Herbert Tagini, Fachlehrer.

Dazu vielleicht eine Bemerkung. Bisher war Regierungsrat Steindl von der Gemeinde entsendet in die FVK. Er hat aber aus Alters- und Gesundheitsgründen von einer neuerlichen Bestellung Abstand genommen. Daher wurde der Fachlehrer Herr Tagini zum Vorschlag gebracht.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ih-

re Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Haben Sie zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich gegen den Antrag eine Gegenstimme? Stimmenthaltung? Keine, daher einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Der nächste Antrag betrifft die Grundverkehrskommission; Neubestellung der Mitglieder. Sie soll so zusammengesetzt sein wie bisher.

10) Agrar-1603/74

Grundverkehrskommission; Neubestellung der Mitglieder.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die nächste Funktionsperiode der Bezirksgrundverkehrskommission Steyr vom 1. 7. 1974 bis 30. 6. 1979 werden von der Stadtgemeinde Steyr Herr Magistratsdirektor OSR Dr. Johann Eder als Mitglied und Herr SR Dr. Kurt Wabitsch als Ersatzmitglied bestellt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Auch nicht, daher einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Meine Damen und Herren!

Sie wissen, daß nicht zum ersten Mal das Problem an uns herangetragen wird, eine Sanierung beim Hallenbad durchzuführen. Sie wissen, wir haben hier in einem Rechtsstreit schon ver-

schiedene Beschlüsse gefaßt. Nunmehr ist es soweit, daß wir von einer weiteren eventuellen Prozeßführung Abstand nehmen wollen. Die Angelegenheit wurde im Wege eines Vergleiches saniert und dazu benötigt die Gemeinde einen Beschluß, der Ihnen nunmehr vorliegt.

11) Bau5-2057/68

Abschluß eines Vergleiches zwischen der Stadtgemeinde Steyr und den Firmen Dürr OHG Wien und Mitterberger Glasindustrie Gesm. bH. Salzburg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluß eines Vergleiches zwischen der Stadtgemeinde Steyr und den Firmen Dürr OHG Wien und Mitterberger Glasindustrie GesmbH, Salzburg, zur Bereinigung der beim Handelsgericht Wien und Landesgericht Salzburg anhängigen Rechtsstreite wird nach Maßgabe vorstehenden Amtsberichtes zugestimmt.

Im Sinne dieses Berichtes werden die zur Sanierung der Glasmosaikschäden im Hallenbad erforderlichen Lieferungen und Arbeiten wie folgt vergeben:

Glasmosaiklieferung an die Fa. Mitterberger Glasindustrie GesmbH, Salzburg S 66.000, --

Glasmosaikverlegung an die Firma Dürr OHG, Glasbau, Wien

S 203.440, --

Estricharbeiten an die Firma Huber, Kremsmünster S 116.682, --

Trennfolienverlegung und Lieferung an die Firma Büschner u. Hoffmann, Enns

S 14.580, --

S 400.702, --

+ 16 % MWST S 64.112,32

Gesamtsumme S 464.814,32

=====

Zur Deckung dieser Mittel wird ein Betrag von

S 325.000, --

(Schilling dreihundertfünfundzwanzigtausend)

bei VP 722-91 aoH freigegeben und bei dieser VP eine überplanmäßige Ausgabe von

S 140.000, --

(Schilling einhundertvierzigtausend)

bewilligt.

Gemäß § 44 Abs. 5 StS wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie um Freigabe dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Keine. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ebenfalls keine, daher angenommen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Herr Erwin Hofer möchte ein Einfamilienwohnhaus errichten, und zwar in Steyr-Gleink, Neustifter Hauptstraße 3 und benötigt dazu eine Ausnahmegenehmigung.

12) Bau5-129/74

Erwin Hofer, Steyr-Gleink, Neustifter Hauptstraße 3; Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 25. April 1974 wird der Ausstellung der Baugenehmigung an Erwin Hofer zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses auf der Grundparzelle 506 der Liegenschaft EZ 68 der Kat. Gem. Gleink, an der Neustifter Hauptstraße, gemäß Art. XI der Linzer Bauordnungsnovelle 1946 zuge-

stimmt.

Ich bitte auch, diesem Antrag beizutreten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wer wünscht dazu das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Ebenfalls keine, daher angenommen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Ebenso liegt ein Antrag von Ernst Arbacher, Steyr-Gleink, Hausleitnerstraße 1, um Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines Zubaues und zur Aufstockung des bestehenden Objektes vor.

13) Bau5-3651/73

Wa- 240/74

Ernst Arbacher, Steyr-Gleink-Hausleitner Straße 1; Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines Zubaues und zur Aufstockung des bestehenden Objektes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 22. März 1974 wird der Erteilung der Baubewilligung an Herrn Ernst Arbacher, Steyr-Gleink, Hausleitner Straße 1, zur Errichtung eines Zubaues und Aufstockung auf der Grundparzelle 712/2, Kat. Gem. Gleink, gemäß Art. XI der Linzer Bauordnungsnovelle 1946 zugestimmt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen zu diesem Antrag erwünscht? Gegenstimmen? Enthaltungen? Ich stelle fest, daß der Antrag einstimmig beschlossen ist.

Nun darf ich für den abwesenden

Stadtrat Besendorfer Frau Gemeinderat Kaltenbrunner bitten!

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT ANNA KALTENBRUNNER an stelle des abwesenden Stadtrates Besendorfer:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 3 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen und bitte um Ihre Zustimmung. Der erste Antrag befaßt sich mit der Verpachtung des Volkskins Steyr.

14) GHJ2-6367/73

Verpachtung des Volkskins Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Verpachtung der in der Liegenschaft Steyr, Volksstraße 5, zum Kinobetrieb erforderlichen Räumlichkeiten einschließlich des Kinobuffets und der Inventargegenstände sowie der Konzession zum Kinobetrieb und zum Betrieb des Gast- und Schankgewerbes (Kinobuffet) an Herrn Horst Röber, 4470 Enns, Stadtasse 2, zu einem Pachtschilling von S 1.000,- wird zugestimmt.

Der Pächter leistet überdies einen Baukostenzuschuß zur Sanierung des Gebäudes von S 500.000,-, der in zwei Raten bei Vertragsabschluß und am 1. 4. 1976 an die Stadtgemeinde Steyr zu entrichten ist. Der Pacht wird vorerst auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen. Im übrigen gelten die hiefür im Amtsbericht der Magistratsdirektion vom 2. 4. 1974 angeführten Bedingungen und Auflagen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Herr Kollege

Fuchs bitte!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Gestatten Sie, daß ich zur Verpachtung des Volkskinios einige Kriterien anführe, die es uns wert erscheinen lassen, daß man sie näher betrachtet bzw. beleuchtet, denn wir müssen hier nach Durchsicht des Vertragsentwurfes doch etwas zur Vorsicht mahnen. Der Vertragsentwurf zwischen der Stadt und Herrn Horst Röber bezüglich der Verpachtung des Volkskinios wird laut Amtsbericht als günstig bezeichnet, weil z. B. der Jahresabschluß 1972 einen Verlust von S 42.000,- erbracht hat. Nach unserer Durchsicht des Vertrages und der Gegenüberstellungen der Leistungen des Herrn Röber an die Stadtgemeinde bzw. umgekehrt der Stadtgemeinde an Herrn Röber fällt folgendes auf und ich muß Sie bitten und um Verständnis ersuchen, wenn ich hier mehrere Summen und Zahlen nenne bzw. Sie damit konfrontiere. Der Pachtvertragsentwurf läuft bis 31. 12. 1978 laut Amtsbericht und sieht vor, daß Herr Röber in 2 Etappen S 500.000,- zu leisten hat. Weitere S 56.000,- für 56 Monatsraten á S 1.000,- bis zum 31. 12. 1978. Hier ist die einjährige Kündigungsfrist bereits eingebaut. Das sind zusammen Quasi-Einnahmen für die Stadtgemeinde von S 556.000,-. Eine auf den ersten Blick sicherlich beachtliche Summe. Nun ist aber bekannt und wird im Vertragsentwurf auch bestätigt bzw. wurde mir heute von Amts wegen - ich habe mich erkundigt - ebenfalls bestätigt, daß pro Theatersaison, das sind im Schnitt pro Jahr 20 bis 24 Vorstellungen, das sind bis 1978 4 1/2 Saisonen oder bei einer Jahresrechnung von nur 20 Abendvorstellungen insgesamt 90 Theatervorstellungen, auch 90 Kinovorstellungsausfälle, für die pro Ausfall S 5.000,- zu entrichten sind, hier geleistet werden müssen.

90 x 50.000,- ergibt S 450.000,-. Das ist der erste große Posten für die Stadt als Belastung bzw. für das Kulturamt an Herrn Horst Röber, der hier geleistet werden muß. Weiters ist und wurde bekannt, daß außer den 20 Abendtheatervorstellungen jährlich auch etwa 10 sogenannte sonstige Veranstaltungen von Blasmusikkapellen über das Kulturamt etc. im Volkskino pro Jahr stattfinden. Das sind ebenfalls für 4 1/2 Saisonen, wenn man das berechnet, pro Jahr, 45 Veranstaltungen. Auch hier muß laut Vertragsentwurf eine Ausfallhaftung von der Stadt übernommen werden. Diese beträgt 45 x S 3.000,- S 145.000,-. Weiters wurde von Amts wegen bekannt, daß die Hälfte dieser sonstigen Veranstaltungen etwa auch als Abendveranstaltungen durchgeführt werden müssen, das heißt also, daß weitere S 2.000,- Ausfall für eine nicht stattgefundene Kinoveranstaltung zu zahlen sind. Das sind, wenn man 45 teilt und auf 22 kommt x 2.000,- weitere S 44.000,-. Alles bis zum 31. 12. 1978 natürlich berechnet. Insgesamt sind demnach Kosten oder werden der Stadt Kosten von S 639.000,- voraussichtlich erwachsen. Der Stadt erwächst also von Haus aus durch diesen Vertragsentwurf ein Defizit von S 83.000,-, wenn Sie sich erinnern, was ich vorher gesagt habe, daß die Quasi-Einnahmen nur S 556.000,- betragen. Diese Rechnung geht aber von der Annahme aus, daß durch die ab 1977 einzusetzenden Baumaßnahmen beim Volkskino - laut mittelfristigem Budgetkonzept - und 1978, hier sollen ja in diesen 2 letzten Jahren, wo man noch mit Herrn Röber einen Pachtvertrag besitzt, S 8 Mill. verbaut werden und es ist noch nicht klar, ob nicht durch diese Baumaßnahmen auch weitere Kinovorstellungen ausfallen werden. Über deren Höhe ist ja nichts bekannt und keiner ist hier Prophet sagen zu können, daß der innere Betrieb durch diese Baumaßnahme nicht gestört

werden könnte. Es scheint also keine Übereinstimmung zwischen Pachtvertrag, der, ich betone nochmals, von Haus aus defizitär erscheint und mittelfristigem Investitionskonzept getroffen worden zu sein. Wir beantragen daher eine neuerliche Überprüfung, Herr Bürgermeister, und Überarbeitung dieses Vertrages und eine neuerliche Vorlage an den Gemeinderat zur Beschlußfassung gemäß § 17, Abs. 3 der Gemeindeordnung, also eine Zurückstellung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung zur neuerlichen Behandlung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Bevor ich die Abstimmung hierüber vornehmen lasse, darf ich eines hinzufügen. Ich kann der Frau Kaltenbrunner als vertretungsweiser Referentin nicht zumuten, hier die entsprechenden sachlichen Aufklärungen zu geben. Das ist ganz logisch. Es wird sich dazu der Magistratsdirektor, der ja seinerzeit die Rechtsgeschäfte durchgeführt hat, melden. Ich darf eines noch ergänzen, bevor das geschieht. Ihre Rechnung mag stimmen, ich habe sie nicht überprüft. Auch wenn der Magistrat das Kino führen würde und ich bezweifle, ob es eine stadtverwaltungsmäßige Tätigkeit ist, ein Kino zu führen.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Von Amts wegen habe ich gemeint.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Selbst wenn das der Fall wäre, fallen die Kosten genauso an ...

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Geführt wird es jetzt auch so.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

... nur werden sie kameralistisch

untereinander anders gebucht. Die Ausfallhaftung besteht sowieso. Es wird der Magistratsdirektor im Einzelnen, weil er sagt, das stimmt nicht, Stellung nehmen.

MAGISTRATSDIREKTOR OBERSE-NATSRAT DR. JOHANN EDER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Es tut mir leid, Sie werden mir wahrscheinlich den Beamten nicht nennen, der Ihnen diese Auskunft gegeben hat, aber es ist eine falsche Auskunft. Denn ausdrücklich ist vereinbart, auch in dem Vertrag, daß für Donnerstag keine Kinoablöse stattfindet, da der Donnerstag Theatertag ist. Sie können daher am Donnerstag nur S 3.000,- einsetzen und nicht S 5.000,-. Zum anderen ist bei dem Defizit, das Sie erwähnt haben von S 48.000,- im vergangenen Jahr selbstverständlich für jede Theatervorstellung der entfallene Gewinn, der mit S 5.600,- zuletzt angesetzt wurde, und zwar noch aus dem alten Vertrag aus dem Jahre 1958 - das kann ich aber jetzt nicht genau sagen - oder 1959 an die Städtischen Unternehmungen bezahlt worden. Das Kulturamt der Stadt Steyr hat zuletzt S 5.600,- an die Betriebsleitung der Stadtwerke bezahlt und trotzdem ist ein Defizit von S 48.000,- entstanden. Diese S 5.600,- plus jetzt die S 3.000,- betreffen die Herstellung des spielfertigen Hauses einschließlich des spektakelpolizeilichen Aufsichtsdienstes und des Überwachungsorganes. Es haben sich andere Interessenten gefunden, die sich über die Vertragsbedingungen informiert haben und die haben gesagt, das sind Bedingungen, die einfach unmöglich sind, daß sie irgend jemand erfüllen kann. Es war für alle anderen Interessenten aus den Steyrer Kinokreisen einfach unglaublich, daß Röber überhaupt in der Lage ist, diese Summen zu bezahlen. Ich muß eindeutig feststellen,

daß Ihre Zahlen nicht richtig sind, Herr Gemeinderat, und daß Sie von einem Beamten falsch informiert wurden.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Nehmen Sie diese Erklärung zur Kenntnis? Bitte, es hat sich zuerst Ing. Fahrnberger gemeldet.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Ich glaube, es hat kein Beamter falsche Zahlen gegeben, sondern es liegt ein Mißverständnis vor. Es steht im Amtsbericht nicht drinnen, daß für den Ausfall am Donnerstag nicht S 5.000,-, sondern nur S 3.000,- bezahlt werden müssen.

MAGISTRATSDIREKTOR OBERSE-NATSRAT DR. JOHANN EDER:

Es steht drinnen.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Am Donnerstag nur S 3.000,-? Bei Kinoausfall steht S 5.000,-.

MAGISTRATSDIREKTOR OBERSE-NATSRAT DR. JOHANN EDER:

Donnerstag ist kein Kinotag.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Gut, so zwischen den Zeilen könnte man es annehmen. Das ist aber dann nur der Unterschied von S 5.000,- auf S 3.000,-, das ergibt sicherlich ein Positivum. Aber man muß hier nur eines sagen, S 5.000,- von dieser Tasche in diese Tasche, in meine eigene Tasche also, das macht weniger aus, aber S 5.000,- von hier in eine fremde Tasche, das sind S 5.000,-, die letzten Endes doch abgehen. Außerdem darf man eines nicht übersehen, daß bei diesem Pachtvertrag auch das Kinobuffet mit inbegriffen ist, das bisher nicht drinnen war. Bisher hat die-

ses Kinobuffet nicht die Stadt geführt, sondern die Frau Gilly. Das kommt noch auf diesen Aktivposten für Herrn Röber dazu. Ich glaube schon, wenn man diese Zahlen von S 5.000,- für die Donnerstage auf S 3.000,- reduziert bei den wenigen Kinoanstalten, die Steyr hat, herunterkommen könnte.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. JOHANN EDER:

Sie müssen zu den S 48.000,- noch die S 5.600 dazuzählen, die bisher bezahlt wurden.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Aber die zahlt die Stadt sich selbst, aber jetzt bezahlt sie es jemandem Fremden. Das ist nicht gleich.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich würde eines vorschlagen, daß Sie sich noch einmal eingehend informieren. Ich glaube, der Herr Magistratsdirektor ist jederzeit in der Lage, Ihnen die entsprechenden Aufklärungen zu geben. Es hat sich aber zum Sachantrag selbst Herr Gemeinderat Fuchs das zweite Mal gemeldet. Es steht im Raum der Antrag auf Zurückstellung des Tagesordnungspunktes, worüber es allerdings keine Debatte gibt.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ich wollte nur erwähnen bzw. erwidern Herr Magistratsdirektor und selbstverständlich keinen Affront starten, daß hier scheinbar doch Mißverständnisse vorliegen müssen, wenn hier so ausdrücklich betont wird, daß man falsches Zahlenmaterial erhalten hat. Dieser Amtsbericht allein gibt aber Aufschluß darüber, daß meine vorhin aufgestellte Rechnung schon stimmt, weil hier nichts anderes enthalten ist von diesen Zusätzen, wir nichts mitsammen erfuhren und ich würde schon ersuchen, daß man bei

einer derart gravierenden Angelegenheit, wie es dieser Pachtvertrag darstellt, doch etwas präziser mit Unterlagenmaterial, mit Zusätzen des Vertragswerkes künftighin ausgestattet wird.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Ihr Antrag auf Zurückstellung bleibt aufrecht? Der Antrag ist entsprechend vorbehandelt worden. Ich muß jetzt, da der Antrag zwei Stimmen inklusive des Antragstellers benötigt, an Sie die Frage richten, schließt sich Ihrem Antrag jemand an, damit der Absetzungsantrag überhaupt durchgeführt werden kann?

(GR Fuchs und GR Ing. Fahrnberger für die Absetzung).

Der Antrag ist zur Behandlung genommen. Es wurde die Zurückstellung beantragt. Wer ist für die Zurückstellung? Stimmenthaltungen? Der Antrag auf Zurückstellung ist mit überwiegender Mehrheit abgelehnt worden (2 Stimmen FPÖ-Fraktion für den Antrag).

Damit steht der Sachantrag zur Diskussion. Er wird nunmehr zur Abstimmung gebracht. Wer für den gestellten Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? 2 Gegenstimmen FPÖ-Fraktion.

Der Antrag ist beschlossen. Wir können zum nächsten Antrag übergehen.

GEMEINDERAT ANNA KALTENBRUNNER:

Der zweite Antrag befaßt sich mit der Umlegung der Voralpenbundesstraße im Bereiche des Landeskrankenhauses Steyr; Veräußerung von Grundteilen an die Republik Österreich.

15) Bau3-1320/68

Umlegung der Voralpenbundes-

straße im Bereiche des Landeskrankenhauses Steyr; Veräußerung von Grundteilen an die Republik Österreich.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Veräußerung von Teilflächen der Grundstücke 685/2, 688/1, 1315/1 Bfl., 683, 688/3, 688/2 und 685/3 KG Steyr, im Ausmaß von 6.339 m² zum Preis von S 90,-/m² bzw. S 25,--/m² nach Maßgabe obigen Amtsberichtes an die Republik Österreich, Bundesstraßenverwaltung sowie der Grundstücke 683, 685/4, 1353/4 im Gesamtausmaß von 2.926 m² zum Preis von S 25,-/m² an das Land Oberösterreich, zusammen daher um den Gesamtkaufpreis von S 281.415,- wird zugestimmt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Keine, daher angenommen.

GEMEINDERAT ANNA KALTENBRUNNER:

Der dritte Antrag beschäftigt sich mit der Ausführung von Bautischlerarbeiten in der Volks- und Hauptschule Promenade.

16) GHJ2-1917/74

Ausführung von Bautischlerarbeiten in der Volks- und Hauptschule Promenade.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA VI vom 26. 3. 1974 wird zur Ausführung von Bautischlerarbeiten in der Volks- und Hauptschule Promenade (Gesamtaufwand S 275.000,-) der Betrag von

S 200.000,--

(Schilling zweihunderttausend)

bei VP 21-94 aoH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 75.000,--

(Schilling fünfundsiebzigtausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt.

Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Der entsprechende Auftrag wird der Firma Bittermann & Co. zum Anbotspreis von S 270.048,- übertragen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wer wünscht dazu das Wort? Ebenfalls keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Ebenfalls keine, daher Einstimmigkeit. Für den abwesenden Stadtrat Fürst bitte ich Kollegen Zöchling um den Vortrag der nächsten Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT JOHANN ZÖCHLING anstelle des abwesenden Stadtrates Rudolf Fürst:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen ebenfalls 2 Anträge des Stadtsenates vorzutragen. Ich bitte, diese zu genehmigen.

17) Buch-6000/73

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Rechnungsjahr 1973.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlages (inklusive Nachtragsvoranschlag) 1973 von insgesamt S 4.635.100,- werden genehmigt.

(BEILAGE D).

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Keine. Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist angenommen.

GEMEINDERAT JOHANN ZÖCHLING:

Der zweite Antrag behandelt den Ankauf einer Kochkesselgruppe für das Zentralaltersheim.

18) GHJ1-1124/74

Ankauf einer Kochkesselgruppe für das Zentralaltersheim.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der MA V - Zentralaltersheim vom 18. 2. 1974 wird zum Zwecke der Anschaffung einer Kochkesselgruppe als Ersatz für die seit dem Jahre 1956 in Betrieb stehenden Kochkessel in der Küche des Zentralaltersheimes der Betrag von

S 273.200,--

(Schilling zweihundertdreißigtausendzweihundert)

bei VP 454-91 oH freigegeben.

Der entsprechende Auftrag wird den Firmen Brugger (Kaffeebrühanlage) und Doleschal (3 Kochkessel) zum Anbotspreis von S 123.410,- (Fa. Brugger) und S 122.290,- (Fa. Doleschal) übertragen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Keine. Wer stimmt gegen den Antrag? Gegenstimmen? Keine, daher angenommen.

Herr Kollege Kinzelhofer bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen vorerst einen Antrag zur Darlehensaufnahme für das Haushaltsjahr 1974 zur Annahme vortragen.

19) Ha-6333/73

Aufnahme eines Darlehens bei der OÖ. Landeshypothekenanstalt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Teildeckung des außeror-

dentlichen Haushaltes im Rechnungsjahr 1974 wird der Aufnahme eines Darlehens von 20 Millionen Schilling bei einer Laufzeit von 25 Jahren und einer Verzinsung von 8,75 % pro Jahr bei der OÖ. Landeshypothekenanstalt Linz zugestimmt. Weiters hat die Stadtgemeinde eine Nebengebührenkaution bis zum Höchstbetrag von S 3.000.000,- zu bestellen.

Zur Sicherung des Darlehens samt Nebengebührenkaution verpfändet die Stadtgemeinde die ihr gehörigen Liegenschaften EZ 175 der Kat. Gem. Hinterberg samt der darauf errichteten Schule Punzerstraße als Haupteinlage und die Liegenschaft EZ 2204 der Kat. Gem. Steyr samt dem darauf errichteten Volks- und Hauptschul-Neubau am Tabor als Nebeneinlage.

Die Darlehensaufnahme bzw. die Verpfändung der bezeichneten Liegenschaften bedarf gemäß § 71 a des Statutes für die Stadt Steyr zu ihrer Rechtsgültigkeit der gemeindeaufsichtsbehördlichen Genehmigung der OÖ. Landesregierung.

Ich ersuche um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Keine. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Keine, daher einstimmig angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der zweite Antrag behandelt die Änderung des GR-Beschlusses vom 29. 11. 1973, betreffend die Sanierung und Erweiterung des Gasverteilungsnetzes.

20) ÖAG-5639/73

Änderung des GR-Beschlusses vom 29. 11. 1973, betreffend die Sanierung des Gasverteilungsnetzes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Städtischen Unternehmungen vom 13. 3. 1974 wird der Auftrag zur Lieferung von Sphärogußrohren im Werte von

S 582.012,-- (excl. 16 % Umsatzsteuer)

der Firma Ehrentletzberger, Linz, übertragen.

Der Gemeinderatsbeschuß vom 29. 11. 1973, betreffend Vergabe von Rohren an die Firma Mannesmann, Linz, im Werte von S 480.000,- ist hierdurch gegenstandslos geworden.

Ich ersuche auch hier um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wer wünscht dazu zu sprechen? Herr Kollege Holub bitte!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich bitte im Bezug auf die Gastarife in diesem Zusammenhang um eine Aufklärung. Ihnen allen ist sicherlich in Erinnerung, daß wir in der GR-Sitzung vom 31. 1. 1974 die Novellierung der Gastarife bzw. die Änderung der Gastarifsordnung beschlossen haben, und zwar Änderung der Tarife mit Wirksamkeit 1. 1. 1974. Nun aber erscheint in der Amtlichen Linzer Zeitung vom 10. 5. 1974, Seite 494, unter dem Titel "Anhang und Anzeigen" eine bemerkenswerte Einschaltung. Ich möchte mir ersparen, Ihnen das vorzulesen. Wenn jemand daran Interesse hat, weil er das noch nicht kennt, dem stelle ich das gerne zur Verfügung. Es handelt sich um die Veröffentlichung von Gastarifen in 2 Rubriken. Erstens wirksam ab 1. 1. 1974 und man höre wirksam ab 1. 4. 1974. Vielleicht ist es meiner persönlichen Aufmerksamkeit entgangen, aber

ich kann mich nicht erinnern, daß in der letzten Zeit im Gemeinderat ein Beschluß gefaßt wurde auf neuerliche Abänderung der Gasabgabetarife bzw. daß am 31. 1. in der GR-Sitzung ein zweiter Termin für eine Tarifänderung festgesetzt wurde. Ich möchte den Berichterstatter bzw. den Herrn Bürgermeister dahingehend um Aufklärung bitten, wie solche Inerate, für die ja zweifellos die Stadt Steyr bezahlt, entstehen können.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Die Anfrage kann gleich vom Herrn Magistratsdirektor behandelt werden. Ich bitte gemäß unserer Geschäftsordnungsbestimmung um Antwort.

MAGISTRATSDIREKTOR OBERSE-NATSRAT DR. JOHANN EDER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Verlautbarung in der Amtlichen Linzer Zeitung fußt auf einer Preisfestsetzung, die vom Preisbeirat beim Amt der OÖ. Landesregierung auf einer ministeriellen Ermächtigung für den einen Fall gemacht wurde. Wir wären also berechtigt, zu diesem Zeitpunkt, vorausgesetzt daß der Gemeinderat das beschließt, die Preise auf diese Höhe festzusetzen. Das ist lediglich die Ermächtigung des Amtes der OÖ. Landesregierung. In der Verlautbarung, das muß ich zugeben, ist das so formuliert, wie wenn wir das bereits gemacht hätten. Es ist weder beabsichtigt, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, noch haben Sie einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt. Ich muß zugeben, daß diese Verlautbarung in der Amtlichen Linzer Zeitung, die in dem Ermächtigungsbescheid verlangt wurde, nämlich Veröffentlichung dieser Beträge in der Amtlichen Linzer Zeitung zurückgeht, könnte man zu einem fal-

schen Schluß kommen. Wir haben uns deshalb entschlossen, dem Gemeinderat keinen Antrag, der dieser Ermächtigung entspricht, zu geben, da er in erster Linie die Spaltgastarife beinhaltet und wir innerhalb von 2 Monaten wahrscheinlich die Spaltgaslieferung zur Gänze im Stadtgebiet einstellen können und dann zu diesem Zeitpunkt nur mehr Erdgastarif verrechnet wird. Es wäre also auch vom wirtschaftlichen Standpunkt kaum vertretbar, für zwei oder drei Monate den Spaltgastarif auf Grund dieser Ermächtigung zu regulieren. Ich muß aber zugeben, daß die Verlautbarung einen falschen Schluß zulassen würde.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke für die Beantwortung. Ich glaube, das war sehr wesentlich. Die Frage ist ja präsidial im engsten Kreis einmal zur Behandlung gestanden.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Eine kleine Zusatzfrage dazu. Ist auf Betreiben der Stadt Steyr diese Neufestsetzung mit Bescheidwirkung des Amtes der OÖ. Landesregierung erfolgt oder ist das ex autoritate der OÖ. Landesregierung hergekommen? Das wäre, glaube ich, dazu noch ganz interessant.

MAGISTRATSDIREKTOR OBERSE-NATSRAT DR. JOHANN EDER:

Sie wissen, daß auf dem Sektor der Preisfestlegungen keine einheitlichen Auffassungen bestanden sind. Bisher waren wir der Meinung, daß unser Gaspreis keiner Regelung unterliegt. Das wurde uns auch vom Ministerium bei einer Anfrage mitgeteilt. Überraschenderweise nach Ihrem Beschluß im Gemeinderat hat sich plötzlich das Handelsministerium entschlossen, doch eine Überprüfung der Gastarife vorzunehmen und hat einmalig die OÖ. Lan-

desregierung beauftragt, dieses Preisüberwachungsverfahren durchzuführen. Wir wurden dann aufgefordert, unsere Unterlagen vorzulegen. Wir haben diese Unterlagen tatsächlich dem Amt der OÖ. Landesregierung übersendet. Es waren dann auch Preisverhandlungen, an denen Interessentenvertretungen teilgenommen haben. Inzwischen ist eine neuerliche Erhöhung des Rohstoffes Butan erfolgt. Es hat eine zweite Verhandlung stattgefunden, die auf dieser neuen Basis zu diesen Sätzen, die Sie, Herr Gemeinderat, hier zitiert haben, geführt haben. Das war aber, wie gesagt, eine einmalige Ermächtigung des Handelsministeriums. Angeblich soll die Kompetenz wiederum an den Bund zurückgehen. Das sind aber lediglich Mitteilungen, die wir so bei dieser Verhandlung von der Beamten-schaft erhalten haben.

Es ist nicht von der Stadtgemein-de provoziert worden, wenn man viel-leicht den Ausdruck gebrauchen kann, sondern wir wurden aufgefordert, un-sere Unterlagen vorzulegen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRE-TER FRANZ WEISS:

Ich glaube, eines kann man zur Kenntnis nehmen, daß nicht beabsich-tigt ist, das, was dieser Meldung in dieser Linzer Zeitung zu entnehmen wäre, daß wir mit 1. April die Tarife erhöht hätten oder sie in der nächsten Zeit erhöhen wollen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das würde eines Gemeinderats-beschlusses bedürfen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRE-TER FRANZ WEISS:

Eben. Das ist auch nicht beab-sichtigt, einen entsprechenden Antrag hier vorzulegen. Damit ist der Antrag selbst zur Abstimmung zu bringen. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt,

den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Stimment-haltungen? Danke. Einstimmig be-schlossen.

Nächster Berichterstatter Stadt-rat Schwarz!

BERICHTERSTATTER STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemein-derates!

Ich ersuche Sie für die folgenden 3 Anträge des Stadtsenates um Ihre Beschlußfassung.

Der erste Antrag beschäftigt sich mit der Veröffentlichung der Altstadt-konzepte, die in einer Seminararbeit von der Technischen Hochschule Graz erstellt wurden.

Der Antrag lautet:

21) Ha-2831/73

Veröffentlichung der "Altstadtkon-zepte".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Veröffentlichung der "Altstadtkonzepte" der Technischen Hochschule Graz und des Stadtbauam-tes mit einem Kostenaufwand von S 300.400, -- wird der Betrag von

S 187.100, --

(einhundertsiebenundachtzigtausend-einhundert)

bei VP 600-91 oH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 113.300, --

(Schilling einhundertdreizehntausend-dreihundert)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Der entsprechende Druckauftrag wird der Universitätsdruckerei Styria zum Anbotspreis von S 300.400, - über-tragen. Die druckgerechte Ausarbei-

tung der Pläne und Fotos soll durch die mit dem Projekt vertrauten Studenten gegen ein Honorar von S 29.800,- durchgeführt werden.

Der mit Stadtsenatsbeschluß vom 26. 7. 1973 an das Atelier Madaleine Bujatti, Graz, übertragene Auftrag zur wissenschaftlichen Bearbeitung des gegenständlichen Druckwerkes wird hiermit gleichzeitig um den Betrag von S 13.200,- erweitert.

Ich ersuche hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wünschen Sie dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es gegen- teilige Meinungen oder Stimmenthal- tungen? Ich sehe auch keine, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

Im laufenden Rechnungsjahr wer- den für den Ausbau des Kindergartens Resthof Mittel benötigt. Der diesbe- zügliche Antrag lautet:

22) GHJ1-3186/73

Endausbau des Kindergartens Rest- hof I.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 25. 3. 1974 wird zum Endausbau des Kindergartens Resthof I für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von

S 300.000,--

(Schilling dreihunderttausend)

bei VP 280-91 aoH freigegeben.

Ich ersuche auch hier um Ihre po- sitive Entscheidung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRE- TER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen zu diesem Antrag?

Keine. Gegenstimmen oder Stimment- haltungen? Keine, daher angenommen.

STADTRAT HEINRICH SCHWARZ:

In den Kindergärten Taschelried und Plenkberg ist es nötig, die Planschbecken zu erneuern. Hier war eine Bürgermeisterverfügung erfor- derlich. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

23) GHJ2-3655/73

Erneuerung der Planschbecken der Kindergärten Taschlried und Plenkberg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 3. 4. 1974, GHJ2-3655/73, womit we- gen Dringlichkeit gemäß § 46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nach- stehendes angeordnet wurde, wird hier- mit genehmigt:

"Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 29. 3. 1974 wird zum Zwecke der Erneuerung der Plansch- becken der Kindergärten Taschlried und Plenkberg eine überplanmäßige Ausgabe von

S 142.000,--

(Schilling einhundertzweiundvierzig- tausend)

bei VP 280-94 oH bewilligt.

Die Deckung hat aus Mehreinnah- men bei den allgemeinen Deckungsmi- teln zu erfolgen.

Der Auftrag zur Ausführung der erforderlichen Baumeisterarbeiten wird der Firma Stromer, Steyr, zum Anbotspreis von S 141.636,-- übertra- gen."

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRE- TER FRANZ WEISS:

Wortmeldungen dazu? Keine. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Keine, daher ist der Antrag einstim-

mig beschlossen.

Für den abwesenden Kollegen Wallner bitte ich Kollegen Fritsch um den Vortrag der nächsten Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER GEMEINDERAT KARL FRITSCH anstelle des abwesenden Stadtrates Manfred Wallner:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mir obliegt die Aufgabe, Ihnen 5 Anträge des Stadtsenates zu unterbreiten und ich bitte im vorhinein um Ihre Zustimmung. Der erste Antrag befaßt sich mit dem Straßenbau Zirerstraße und er lautet:

24) Bau3-5512/72

Straßenbau Zirerstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 25. 3. 1974 wird für den Straßenbau Zirerstraße der Betrag von

S 615.000, --

(Schilling sechshundertfünfzehntausend)

bei VP 664-938 aoH als außerplanmäßige Ausgabe bewilligt. Die Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten wird der Firma Swietelsky, Linz, zum Anbotspreis von S 576.994,- übertragen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich um Ruhe bitten!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Ich darf um Ihre Zustimmung zu

diesem Antrag bitten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Gibt es zu diesem Antrag eine gegenteilige Meinung? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, daher einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Der nächste Antrag befaßt sich mit dem Straßenbau Penselestraße und lautet:

25) Bau3-995/74

Straßenbau Penselestraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zum Zwecke der Erneuerung der Penselestraße wird der Betrag von

S 100.000, -

(Schilling einhunderttausend)

bei VP 664-927 aoH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 529.000, --

(Schilling fünfhundertneunundzwanzigtausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt.

Die Deckung hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Der entsprechende Auftrag wird der Firma Swietelsky, Linz, zum Preise von S 589.799,- übertragen.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Sind Wortmeldungen erwünscht? Das ist nicht der Fall. Gibt es dazu Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Nicht der Fall, daher einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Der dritte Antrag befaßt sich mit

der Weiterführung der Bauarbeiten beim 4. Bauabschnitt des Sammlers F.

26) Bau6-3065/65

Weiterführung der Bauarbeiten beim 4. Bauabschnitt des Sammlers F.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Auf Grund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 4. 1974 wird für die Weiterführung der Bauarbeiten beim 4. Bauabschnitt des Sammlers F eine überplanmäßige Ausgabe von

S 900.000,--
(Schilling neunhunderttausend)

bei VP 713-911 aoH bewilligt. Die Deckung dieser überplanmäßigen Ausgabe hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten wird der Firma Beer & Janischofsky zum Anbotpreis von S 816.000,- übertragen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier meine Bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke, Wünschen Sie dazu zu sprechen? Nein, Stimmenthaltungen oder Gegenstimmen zu diesem Antrag? Ebenfalls nicht der Fall, daher angenommen.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Der vorletzte Antrag befaßt sich mit dem Ausbau der Schillerstraße und lautet:

27) Bau3-4159/68

Ausbau der Schillerstraße, 2. und 3. Bauabschnitt.

Entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 26. März 1974 wird zur Abwicklung des Bauvorhabens "Ausbau Schillerstraße, 2. und 3. Bauabschnitt" für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von

S 500.000,--
(Schilling fünfhunderttausend)

bei VP 664-919 aoH freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Annahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Darf ich Ihre Zustimmung annehmen? Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Keine, daher einstimmig beschlossen.

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Im letzten Antrag, den ich Ihnen unterbreiten darf, handelt es sich um den 2. Zubau zur Schule Ennsleite.

28) Bau5-4778/69

Ergänzung des GR-Beschlusses vom 14. 9. 1971, betreffend die Vergabe der Baumeisterarbeiten für den 2. Schulzubau Ennsleite.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 14. 9. 1971 wurde unter anderem der Auftrag zur Ausführung der Baumeisterarbeiten für den 2. Schulzubau Ennsleite der Firma Prameshuber zum Preise von S 3.106.524,- übertragen.

Die von der genannten Firma gestellte, von der Mag. Abteilung III berichtigte Nachforderung in Höhe von S 102.615,55, begründet durch während der Bauzeit eingetretene Lohnerhöhungen, wird als gerechtfertigt anerkannt.

Zur Befriedigung der Nachforderung wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

S 102.600,--

(Schilling einhundertzweitausendsechshundert)

bei VP 21-92 aoH bewilligt.

Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Auch hier bitte ich um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Fritsch für die Verlesung der Anträge.

Wünschen Sie zum letzten Antrag zu sprechen? Haben Sie eine Gegenstimme oder Stimmenthaltung? Ich stelle fest, das ist nicht der Fall, daher ist der Antrag einstimmig beschlossen. Als Nächster der letzte Berichterstatter Herr Kollege Wippersberger!

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt 3 Anträge zu unterbreiten. Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem Antrag der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat, betreffend die Erklärung der Blumauergasse zur Einbahnstraße. Dieser Antrag soll den Gepflogenheiten entsprechend dem Verkehrsausschuß übermittelt werden. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

29) VerkR-1764/74

Antrag der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr, betreffend die Erklärung der Blumauergasse (stadteinwärts) zur Einbahnstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Antrag der Freiheitlichen Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr auf Erklärung der Blumauergasse (stadteinwärts) zur Einbahnstraße wird dem gemeinderätlichen Verkehrs-

ausschuß zur Vorberatung und Antragstellung im Sinne des vorstehenden Amtsberichtes übermittelt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Sind Sie damit einverstanden? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag kommt vom Stadtsenat und hat folgenden Wortlaut:

30) VerkR-406/72

Projektierung von Parkplätzen in der Punzerstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Auftrag zur Projektierung von Parkplätzen ostseitig der Punzerstraße von der Klarstraße bis zur Wagnerstraße, einschließlich der erforderlichen Bauleitungstätigkeit, wird Dipl. Ing. Brunner zum Preise von S 56.573,-- übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 60.000,--

(Schilling sechzigtausend)

bei VP 664-936 aoH, Rechnungsjahr 1974 bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Ich bitte ebenfalls um Annahme.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist angenommen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der dritte und letzte Antrag beschäftigt sich mit dem Ankauf von Kaltasphalt. Es ist ein Antrag des

Stadtsenates und hat folgenden Wortlaut:

31) ÖAG-1701/74

Städt. Wi-Hof

Ankauf von Kaltasphaltemulsionen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Ankauf von Kaltasphaltemulsionen für den Städtischen Wirtschaftshof wird der Betrag von

S 330.000, --

(Schilling dreihundertdreißigtausend)

bei VP 727-63 oH freigegeben.

Der Lieferauftrag ist der Österreichischen Vialit GesmbH. zu übertragen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Ebenfalls keine, daher einstimmig angenommen.

Bitte Herr Kollege!

GEMEINDERAT KARL FRITSCH:

Zur Geschäftsordnung. Ich erlaube mir eine Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Steyr gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung bzw. des Statutes. Vor dem Abbruch der sogenannten Stohlvilla auf den Schraderrealitäten wurde von mir im gemeinderätlichen Kulturausschuß angeregt, die im genannten Haus, das dazumals Eigentum der Stadt Steyr war, vorhandenen Altertümer, wie Holzdecke, Türen samt schmiedeeisernen Beschlägen, Butzenscheiben und ähnlichem zu besichtigen, zu schätzen und zu katalogisieren. In

dieser Sitzung des Kulturausschusses erklärte dazu der Vorsitzende, Herr Vizebürgermeister Weiss, daß die Liegenschaftsabteilung bzw. das Kulturamt den Auftrag zur Durchführung vorgenannter Tätigkeiten bekämen, um eventuell wertvolles Kulturgut der Stadt Steyr zu erhalten. Seither aber wurde weder dem Kulturausschuß noch dem Gemeinderat diesbezüglich Bericht erstattet. Daher darf ich namens der ÖVP-Fraktion folgende Anfragen an den Herrn Bürgermeister richten:

- 1) Wurde diese Schätzung vorgenommen
a) wenn ja, mit welchem Ergebnis,
b) wenn nein, warum nicht?
- 2) Was ist mit den genannten Altertümern wirklich geschehen?
- 3) Beruht das Gerücht, welches man mehrerenorts vernahm, daß die alte Holzdecke in das Eigentum des Herrn Vizebürgermeisters Weiss übergegangen sei und vom Städtischen Wirtschaftshof nach Hinterstoder transportiert wurde, tatsächlich auf Wahrheit?

Bei Bejahung vorstehender Frage wird gebeten, die finanziellen Belange, soweit sie den Wirkungskreis der Stadt Steyr treffen, zu erläutern. Im Interesse der Transparenz wird um vollständige Information des Gemeinderates ersucht.

Die Anfrage ist bestimmungsgemäß schriftlich formuliert und ich darf sie überreichen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Diese Anfrage wird zur Kenntnis genommen und entsprechend behandelt werden. Bevor Sie sich zu Wort melden, Herr Gemeinderat, darf ich Ihnen eines ordnungsgemäß bekanntgeben. Wir haben heute eine ganze

Reihe von Beschlüssen gefaßt, die vor allem in die finanzielle Richtung gehen. Wir haben Anträge im Ausmaß von S 5,715.000,- beschlossen. Das zur Kenntnisnahme für die heutige Sitzung.

Zur Geschäftsordnung bitte Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Sie haben sicherlich in der letzten Zeit aus den Zeitungen entnommen, daß eine Interessentengruppe an der Denkmalerhaltung in Steyr am Werk ist und die sich in der letzten Zeit besonders mit dem Problem Schiffmeisterhaus befaßt hat. Aus dem Problemkreis heraus, erlaube auch ich mir an den Bürgermeister der Stadt Steyr gemäß § 11 Abs. 1 des Gemeindestatutes für die Stadt Steyr einige Anfragen zu richten. Nicht ohne aber vorausgeschickt zu haben, daß, obwohl ich diese Anfragen formuliere, für mich die ausdrückliche Betonung auf die Schaffung des Hotels liegt. Nur zur Aufklärung einer Reihe offener Fragen, die tatsächlich eine große Reihe von Mitbürgern in Steyr beschäftigen, richte ich folgende Fragen:

1. Warum wurden bei den dem Abschluß des Baurechtsvertrages mit der Fa. Holiday Inn vorangegangenen Besprechungen die Mitglieder des Gemeinderates nicht über das sich daraus ergebende Problem Schiffmeisterhaus informiert, ja nicht einmal die Feststellung getroffen, daß das Haus unter Denkmalschutz steht?
2. Wurde bei den Verhandlungen mit Holiday Inn versucht, den Bestand des Schiffmeisterhauses zu sichern, wenn dies versucht wurde, dann bitte ich um Bekanntgabe des Ergeb-

nisses. Sollte dies aber nicht versucht worden sein, so bitte ich um Angabe einer Begründung für diese Tatsache, denn gerade im Vorjahr zum Jahr des Denkmalschutzes sollte durch die Verantwortlichen der Gemeinde die Denkmalpflege nicht vergessen werden.

3. Aus Zeitungsmeldungen wurde die Öffentlichkeit über die Tatsache informiert, daß beim Bundesdenkmalamt durch die Stadtverwaltung um Erteilung der Abbruchgenehmigung für das Schiffmeisterhaus angesucht wurde. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

Entspricht diese Presseinformation den Tatsachen? Wenn ja, dann warum wurde in der letzten Sitzung des gemeinderätlichen Kulturausschusses zwar gerade über die Probleme der Denkmalpflege ein eigener Tagesordnungspunkt abgeführt, aber durch den Vorsitzenden keineswegs dieses aktuelle Problem behandelt?

Warum wurde dann den Pressevertretern die Möglichkeit erklärt, daß die Versetzung dieses Hauses um einige Meter geprüft wurde und letztens existieren reelle Möglichkeiten zur Versetzung dieses Hauses und besteht die Absicht, diese zu verwirklichen, falls das Hotelunternehmen nicht dazu zu bewegen ist, das Haus in sein Projekt einzubeziehen?

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wir werden auch diese Anfragen in der nächsten Sitzung behandeln.

Der Ordnung halber werden wir das schriftlich in der nächsten Sitzung bekanntgeben.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Ich bitte darum.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRE-
TER FRANZ WEISS:

Zur Geschäftsordnung niemand
mehr?

Damit kann ich die heutige Sitzung
schließen.

Ende der Sitzung: 17.00 Uhr.

DER VORSITZENDE:

Franz Weiss e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Walter Radmoser e. h.
VB Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Ernst Fuchs e. h.
Friedrich Reisner e. h.